



4future.institute | Analysepapier

Demokratische Handlungsfähigkeit unter Druck

Eine Analyse zu Demokratie, Europa und Souveränität 2026

im Lichte der Neujahrsansprache 2026 des Bundespräsidenten

Version 1.2 vom 14.01.2026

Em.o.Univ.Prof. Dipl.Ing. Dr. Dr.(hc) Helmut Detter

Fellow

4future.institute

Ing. Werner Illsinger, MBA

Executive Director

4future.institute

Die in diesem Papier vertretenen Analysen, Bewertungen und Schlussfolgerungen erfolgen in persönlicher wissenschaftlicher Verantwortung der Autoren und geben nicht notwendigerweise die Positionen der 4future.institute, der 4future.group oder verbundener Organisationen wieder.

Impressum

4future.institute

Graben 17/10

1010 Vienna

Austria

Telefon: +43 1 31440-0

E-Mail hello@4future.institute

4future.institute ist Teil der **4future.group**
und organisatorisch in der

4future.business GmbH angesiedelt

Firmenbuchnummer: **FN 459359 d**

Firmenbuchgericht: **Handelsgericht Wien**

UID-Nummer: **ATU71656745**

Mehrheitseigentümer: **4future.foundation**

Helmut Detter

0664 307 96 07

detter@ccc.at

Werner Illsinger

0664 799 62 21

weneri@ccc.at

Executive Summary

Dieses Analysepapier nimmt die Neujahrsansprache des Bundespräsidenten **Alexander Van der Bellen** zum Ausgangspunkt, um die gegenwärtige Lage demokratischer Gesellschaften – insbesondere Österreichs und Europas – systematisch einzuordnen und daraus konkrete Handlungsfelder abzuleiten.

Ausgangspunkt ist die Beobachtung einer wachsenden politischen Unzufriedenheit in breiten Teilen der Bevölkerung. Diese äußert sich nicht als Ablehnung demokratischer Grundwerte, sondern als Zweifel an der Handlungsfähigkeit politischer Systeme unter den Bedingungen beschleunigter technologischer, wirtschaftlicher und geopolitischer Veränderungen. Die daraus resultierende Politikverdrossenheit ist weniger Ausdruck von Desinteresse als vielmehr von Ohnmacht: Viele Menschen haben den Eindruck, dass zentrale Entwicklungen nicht mehr gestaltbar sind und politische Prozesse ihre Wirksamkeit verloren haben.

Das Papier zeigt, dass diese Wahrnehmung nicht primär auf individuelles Versagen politischer Akteure zurückzuführen ist, sondern auf strukturelle Überforderung:

- exponentielle technologische Dynamik (insbesondere durch Digitalisierung und Künstliche Intelligenz),
- zunehmende geopolitische Spannungen und imperiale Machtansprüche,
- der wachsende Einfluss globaler Konzerne auf Regulierung, Wertschöpfung und öffentliche Diskurse,
- sowie institutionelle Blockaden innerhalb nationaler und europäischer Entscheidungsstrukturen.

Besondere Aufmerksamkeit gilt dabei der Frage der **Souveränität** – verstanden nicht nur militärisch, sondern wirtschaftlich, technologisch, demokratisch und gesellschaftlich. Die Analyse macht deutlich, dass Abhängigkeiten (etwa bei Energie, digitalen Infrastrukturen, Medienökonomie oder Wertschöpfungsketten) über Jahre hinweg aufgebaut wurden und nun mit wachsender Geschwindigkeit zu strategischen Risiken werden.

Vor diesem Hintergrund versteht das Papier die Neujahrsansprache des Bundespräsidenten als wichtigen Orientierungsimpuls, sieht aber zugleich die Notwendigkeit, diesen Impuls zu schärfen:

Nicht nur appellativ („wir sollten“), sondern klar benennend, einfordernd und zukunftsgerichtet. Gerade in einer Situation, in der politische Systeme unter Druck geraten, kommt der Rolle des Bundespräsidenten als unabhängiger Mahner, Moderator und Visionär besondere Bedeutung zu.

Als zentraler normativer Rahmen wird der **Solidarstaat** – auf europäischer Ebene weitergedacht als **Solidar-Union** – eingeführt. Er beschreibt ein Modell, das demokratische Teilhabe, soziale Sicherheit, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und technologische Souveränität nicht gegeneinander ausspielt, sondern systemisch verbindet. Demokratie wird dabei nicht als statischer Zustand verstanden, sondern als lern- und anpassungsfähiges System, dessen Wirksamkeit aktiv gesichert werden muss.

Das Papier schließt mit konkreten Handlungsfeldern, in denen Österreich – gemeinsam mit europäischen Partnern – gestaltend wirken kann: Stärkung demokratischer Prozesse, Reform institutioneller Blockaden, Ausbau digitaler und wirtschaftlicher Souveränität, gezielte Förderung von Innovation sowie eine klare Kommunikation von Zukunftsbildern, die Zuversicht statt Resignation ermöglichen.

Die Analyse stützt sich auf interdisziplinäre Forschung aus Ökonomie, Systemtheorie, Politikwissenschaft, Demokratieforschung und Technologieanalyse sowie auf themenspezifische Aktivitäten der beiden Autoren.

Bezogen auf Helmut Detter sind dies vor allem Inhalte der 2 Bücher

- Paradigmenwechsel
- Es ist Zeit neue Wege zu gehen

sowie eine Ausarbeitung des Vortrages bei 4future zum Thema:

- Haben klassisch agierende Demokratien im derzeitigen geopolitischen Wandel des Weltgeschehens noch Überlebenschancen oder nicht?

Die Links zur Literatur und den beiden Büchern finden sich im Literaturverzeichnis.

Inhaltsverzeichnis

Executive Summary	3
1 Einleitung und Methodischer Zugang.....	8
1.1 Einleitung	8
1.2 Methodischer Zugang.....	8
1.3 Abgrenzung und Grenzen der Analyse.....	10
2 Ausgangslage: Politikverdrossenheit als Ausdruck systemischer Überforderung.....	11
2.1 Was Menschen (in Demokratien) tatsächlich wollen	11
2.2 Warum diese Erwartungen zunehmend enttäuscht werden	11
2.3 Politikverdrossenheit ist nicht Demokratieverdrossenheit.....	12
2.4 Das Anthropozän als struktureller Rahmen politischer Überforderung....	12
2.5 Strukturelle Überforderung, statt individuelles Versagen.....	13
2.6 Die psychologische Dimension demokratischer Handlungsfähigkeit.....	13
2.7 Verlust von Diskurs und Verständigung	15
2.8 Zwischenfazit.....	15
3 Die Neujahrsansprache 2026 des Bundespräsidenten: Einordnung und Bedeutung	17
3.1 Demokratie als gemeinsame Aufgabe.....	17
3.2 Europa im Zentrum – aber ohne operative Zuspitzung.....	17
3.3 Stärke der Rede: Orientierung und Zusammenhalt	18
3.4 Grenze der Rede: fehlende Übersetzung in Handlungsfähigkeit.....	18
3.5 Zwischenfazit.....	19
4 Demokratische Handlungsfähigkeit unter Druck: Externe und interne Einflussfaktoren.....	20
4.1 Ebenen der politischen Verantwortung und Handlungsfähigkeit.....	20
4.2 Geopolitische Herausforderungen.....	21
4.3 Technologischer Paradigmenwechsel und Beschleunigung.....	21
4.4 Kapitalmarktlogik, exponentielles Wachstum und strukturelle Überforderung	22
4.5 Globale Konzerne als transnationale Machtakeure jenseits staatlicher Regulierung	23
4.5.1 Von Marktteilnehmern zu systemrelevanter Infrastruktur	24

4.5.2	Abfluss von Wertschöpfung durch Wissen, Daten und KI-Training	24
4.5.3	Nationale Regulierung stößt an strukturelle Grenzen	25
4.5.4	Digitale Abhängigkeit und extraterritoriale Macht	25
4.5.5	Plattformökonomie, Medienwandel und öffentliche Meinungsbildung	26
4.5.6	Globale Konzerne, Steuervermeidung und demokratische Steuerungsfähigkeit	26
4.5.7	Politischer Einfluss und Lobbyismus	27
4.5.8	Konsequenzen für Demokratie und europäische Souveränität	27
4.6	Verlust von Resilienz durch Abhängigkeiten und Kurzfristlogiken	28
4.7	Geschwindigkeit, Komplexität und strukturelle Überforderung	28
4.8	Menschliche Verantwortung im Zeitalter beschleunigten Wandels	29
4.9	Zwischenfazit	29
5	Orientierungsachsen und strukturelle Leitlinien für eine erneuerte demokratische Handlungsfähigkeit Europas	31
5.1	Der Solidarstaat / die Solidar-Union	31
5.1.1	Solidarität als Funktionsbedingung moderner Demokratie	31
5.1.2	Abgrenzung vom klassischen Wohlfahrtsstaat	32
5.1.3	Die Solidar-Union als europäische Notwendigkeit	32
5.1.4	Solidarität und Zuversicht	32
5.2	Regionale Vielfalt als Stärke: Europa neu organisieren	33
5.3	Mehr Demokratie: Von formaler Legitimation zu erlebbarer Wirksamkeit	34
5.3.1	Demokratische Handlungsfähigkeit stärken – vier tragende Säulen	34
5.3.2	Klare Verantwortlichkeiten	35
5.3.3	Transparenz im Gesetzgebungsprozess	36
5.3.4	Strukturelle Neuordnung Europas: Von der Interessensgemeinschaft zur handlungsfähigen Union	37
5.3.5	Europäische Demokratie stärken	38
5.4	Wissenschaft, Forschung und Bildung als strategische Infrastruktur demokratischer Gesellschaften	39
5.5	Innovation statt Stillstand: Anpassungsfähigkeit als demokratische Überlebensfrage	40
5.6	Souveränität als Grundlage	41

5.6.1	Kooperation statt Gegeneinander: Europäische Souveränität neu denken	41
5.6.2	Europäische Verteidigungsfähigkeit herstellen.....	41
5.6.3	Digitale Souveränität.....	43
5.7	Zuversicht statt Pessimismus: Europas Chancen im 21. Jahrhundert	44
5.7.1	Europa schlechter reden als es ist – eine strategische Verzerrung	44
5.7.2	Erneuerbare Energien: Von Abhängigkeit zu strategischer Autonomie	45
5.7.3	Robotik und KI: Rückholung von Wertschöpfung nach Europa	45
5.7.4	Demokratie als Lösungskompetenz in komplexen Systemen.....	46
5.7.5	Wissenschaft, Bildung und Vielfalt als europäischer Wettbewerbsvorteil	46
5.7.6	Ein neues europäisches Selbstverständnis	46
5.8	Zwischenfazit.....	47
5.9	Konsequenz des Nichthandelns: Weiterhin schleichender Autoritarismus oder Eskalation	47
6	Verantwortung übernehmen: Führung, Unabhängigkeit und Handlungsspielräume.....	49
6.1	Die Rolle des Bundespräsidenten: Orientierung statt Appellrhetorik	49
6.2	Vertrauen der Bevölkerung als Legitimation für Klarheit	50
6.3	Blockaden benennen, bevor Systeme kippen	50
6.4	Unabhängigkeit als Voraussetzung für Glaubwürdigkeit.....	50
6.5	Gemeinsame Verantwortung: Politik und Zivilgesellschaft.....	51
6.6	Warum jetzt.....	51
I.	Literatur & Referenzen (Auswahl)	52

1 Einleitung und Methodischer Zugang

1.1 Einleitung

Demokratische Gesellschaften in Europa stehen zu Beginn des Jahres 2026 unter einem spürbaren Druck. Dieser Druck äußert sich weniger in der Ablehnung demokratischer Grundwerte als vielmehr in einer wachsenden Skepsis gegenüber der Fähigkeit politischer Systeme, unter Bedingungen beschleunigten technologischen Wandels, geopolitischer Unsicherheit und wirtschaftlicher Verflechtung wirksam zu handeln. Politische Prozesse werden von breiten Teilen der Bevölkerung als langsam, intransparent oder folgenlos wahrgenommen, während zentrale Zukunftsfragen – von Sicherheit über Digitalisierung bis zur wirtschaftlichen Resilienz – als dauerhaft ungelöst erscheinen.

Die Neujahrsansprache des Bundespräsidenten bietet vor diesem Hintergrund einen verdichteten Referenzpunkt politischer Selbstbeschreibung. Als institutionell unabhängige Stimme formuliert sie keine politischen Programme, sondern ordnet die Lage ein, benennt Spannungen und versucht, Orientierung und Zusammenhalt zu stiften. Gerade dadurch eignet sich die Rede als Ausgangspunkt für eine weitergehende Analyse der Frage, **unter welchen strukturellen Bedingungen demokratische Handlungsfähigkeit heute entsteht oder verloren geht.**

Dieses Papier nutzt die Neujahrsansprache nicht als isolierten Text, sondern als Anlass, um die gegenwärtige Lage demokratischer Systeme – mit besonderem Fokus auf Österreich und Europa – systematisch einzuordnen. Im Zentrum steht dabei nicht die Bewertung einzelner politischer Akteure, sondern die Analyse struktureller Rahmenbedingungen, die demokratische Steuerungsfähigkeit zunehmend begrenzen oder verzerren.

1.2 Methodischer Zugang

Die vorliegende Analyse folgt einem **qualitativ-analytischen und systemischen Ansatz**. Ziel ist keine empirische Einzelfallstudie, sondern eine **strukturorientierte Synthese** politikwissenschaftlicher, ökonomischer, systemtheoretischer und technologischer Erkenntnisse.

Methodisch stützt sich das Papier auf vier Elemente:

1. **Analyse politischer Selbstbeschreibung**

Die Neujahrsansprache des Bundespräsidenten wird als Ausdruck institutioneller Selbstverortung in einer Phase erhöhter Unsicherheit interpretiert. Sie dient nicht als empirische Datenquelle im engeren Sinn, sondern als analytischer Bezugspunkt zur Einordnung gesellschaftlicher Erwartungen, politischer Rollen und normativer Orientierungen.

2. **Sekundäranalyse bestehender Forschung**

Die Argumentation greift auf etablierte Befunde aus Demokratieforschung, politischer Ökonomie, Organisations- und Systemtheorie sowie Technologieanalyse zurück. Dazu zählen unter anderem Arbeiten zu demokratischer Legitimation und Wirksamkeit, zur Rolle globaler Konzerne, zu Beschleunigungs- und Komplexitätsdynamiken sowie zur politischen Bedeutung technologischer Infrastrukturen.

3. **Systemische Synthese**

Anstelle einer linearen Ursache-Wirkungs-Logik verfolgt das Papier einen systemischen Zugang. Demokratische Handlungsfähigkeit wird als Ergebnis des Zusammenwirkens politischer Institutionen, wirtschaftlicher Steuerungslogiken, technologischer Infrastrukturen und gesellschaftlicher Wahrnehmungen verstanden. Der Fokus liegt auf strukturellen Wechselwirkungen, nicht auf individuellen Fehlleistungen.

4. **Normativ-strategische Ableitung**

Auf Basis der Analyse werden Orientierungsachsen und strukturelle Leitlinien formuliert. Diese sind ausdrücklich als **normative und strategische Perspektiven** gekennzeichnet und erheben keinen Anspruch auf politische Vollständigkeit oder unmittelbare Umsetzbarkeit. Sie dienen der Diskussion möglicher institutioneller Weiterentwicklungen demokratischer Systeme unter veränderten globalen Bedingungen.

Die Analyse versteht sich damit als **policy-orientiertes Forschungs- und Diskussionspapier**. Sie verbindet wissenschaftliche Erkenntnisse mit einer strategischen Perspektive auf demokratische Zukunftsfähigkeit, ohne den Anspruch einer wertfreien oder rein deskriptiven Untersuchung zu erheben.

Zur heuristischen Strukturierung der Analyse wird ein dreidimensionales Bezugsmodell herangezogen, das gesellschaftliche, wirtschaftliche und technologische Dimensionen gleichrangig betrachtet. Dieses Modell – im Kontext des 4future Institute als „4future.cube“ bezeichnet – dient ausschließlich der analytischen Einordnung systemischer Wechselwirkungen und erhebt keinen normativen oder vollständigen Anspruch. (4future.institute, 2025)

Die folgenden Kapitel unterscheiden bewusst zwischen analytischer Beschreibung bestehender Strukturen (Kapitel 2–4) und normativ-strategischen Ableitungen (Kapitel 5), die als Orientierungsangebote für die Weiterentwicklung demokratischer Handlungsfähigkeit zu verstehen sind.

1.3 Abgrenzung und Grenzen der Analyse

Das Papier erhebt keinen Anspruch auf empirische Vollständigkeit oder Prognosefähigkeit. Es konzentriert sich bewusst auf strukturelle Muster und langfristige Dynamiken. Nationale Besonderheiten außerhalb Europas, detaillierte rechtsdogmatische Analysen sowie quantitative Modellierungen sind nicht Gegenstand der Untersuchung.

Ziel ist es vielmehr, einen analytischen Rahmen bereitzustellen, der hilft, gegenwärtige Spannungen demokratischer Systeme besser zu verstehen und mögliche Handlungsräume sichtbar zu machen.

2 Ausgangslage: Politikverdrossenheit als Ausdruck systemischer Überforderung

In vielen europäischen Demokratien, auch in Österreich, ist eine wachsende Unzufriedenheit mit Politik zu beobachten. Diese äußert sich weniger als grundsätzliche Ablehnung demokratischer Werte, sondern als zunehmende Distanz zu politischen Institutionen, Akteuren und Entscheidungsprozessen. Politik wird von vielen Menschen als langsam, wirkungslos oder nicht mehr lösungsfähig wahrgenommen. Entscheidungen erscheinen entweder unverständlich, widersprüchlich oder folgenlos, während die konkreten Auswirkungen politischer Versäumnisse im Alltag sehr wohl spürbar sind.

Diese Entwicklung wird häufig verkürzt als „Politikverdrossenheit“ beschrieben. Eine genauere Betrachtung zeigt jedoch, dass es sich dabei nicht um eine Abkehr von Demokratie an sich handelt, sondern um eine **Erfahrung von Ohnmacht**: Menschen haben den Eindruck, dass ihre Sorgen zwar gehört, aber nicht wirksam bearbeitet werden, und dass politische Prozesse weitgehend außerhalb ihres Einflussbereichs stattfinden.

2.1 Was Menschen (in Demokratien) tatsächlich wollen

Unabhängig von Bildung, Einkommen oder politischer Präferenz zeigen Studien und gesellschaftliche Debatten seit Jahren ein erstaunlich stabiles Erwartungsbild. Menschen wollen keine Ideologie, sondern **funktionierende Verhältnisse**:

- **Sicherheit**
 - physisch, sozial, wirtschaftlich und digital
- **Planbarkeit und Stabilität**
 - Arbeit, Wohnen, Energie, Altersvorsorge
- **Gestaltungsspielräume für ein selbstbestimmtes Leben**
- **Fairness und Verlässlichkeit staatlicher Regeln**
- **Teilhabe und Wirksamkeit**
 - das Gefühl, dass die eigene Stimme zählt
- **Zuversicht in die Zukunft**
 - für sich selbst und für die nächste Generation

Diese Erwartungen sind nicht radikal, und nicht systemfeindlich. Sie sind der **implizite Gesellschaftsvertrag demokratischer Staaten**.

2.2 Warum diese Erwartungen zunehmend enttäuscht werden

Die wachsende Unzufriedenheit vieler Menschen resultiert nicht primär aus „falschen Erwartungen“, sondern aus einer **sichtbaren Lücke zwischen Anspruch und Realität**:

- politische Prozesse erscheinen langsam, reaktiv und blockiert,
- Entscheidungen wirken technokratisch oder fremdbestimmt,
- zentrale Zukunftsthemen (Energie, Digitalisierung, Sicherheit, Migration) werden als Dauerkrisen erlebt,
- Verantwortung scheint diffundiert – zwischen nationaler Politik, EU, globalen Akteuren und Märkten.

Diese Wahrnehmung erzeugt das Gefühl:

„Die Politik redet über Probleme – aber niemand löst sie.“

2.3 Politikverdrossenheit ist nicht Demokratieverdrossenheit

Zahlreiche empirische Befunde und gesellschaftliche Beobachtungen deuten darauf hin, dass die Mehrheit der Bevölkerung weiterhin an demokratischen Grundprinzipien festhält: an Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung, Meinungsfreiheit und freien Wahlen. Gleichzeitig sinkt jedoch das Vertrauen in die Fähigkeit politischer Systeme, unter den gegenwärtigen Bedingungen handlungsfähig zu bleiben.

Diese Spannung ist zentral:

Die Krise betrifft weniger die **Legitimität der Demokratie**, sondern zunehmend ihre **Wirksamkeit**.

Wo demokratische Verfahren formal korrekt funktionieren, aber keine sichtbaren Lösungen hervorbringen, entsteht Frustration. Diese Frustration richtet sich nicht zwangsläufig gegen demokratische Prinzipien, sondern gegen das politische System in seiner konkreten Ausprägung.

Empirische Demokratieforschung zeigt seit Jahren, dass sinkendes Vertrauen in politische Institutionen nicht mit einer Ablehnung demokratischer Prinzipien gleichzusetzen ist (vgl. Norris 2011; Easton 1975).

2.4 Das Anthropozän als struktureller Rahmen politischer Überforderung

Anthropozän bezeichnet das Zeitalter, in dem menschliches Handeln selbst zum dominanten Einflussfaktor auf ökologische, technologische, wirtschaftliche und geopolitische Systeme geworden ist.

Entscheidungen in Politik, Wirtschaft und Technologie erzeugen heute nicht mehr nur lokale oder sektorale Effekte, sondern globale und langfristige Wechselwirkungen. Entwicklung verläuft dabei zunehmend nicht linear, sondern beschleunigt und exponentiell.

Politische Institutionen, die historisch auf schrittweise Anpassung, klare Zuständigkeiten und lineare Prozesse ausgelegt sind, geraten unter diesen Bedingungen strukturell unter Druck. Die daraus entstehende Überforderung ist kein individuelles Versagen, sondern Ausdruck eines grundlegenden Systemwandels.

Die folgenden Kapitel zeigen, wie sich dieser strukturelle Wandel in konkreten geopolitischen, technologischen und wirtschaftlichen Druckfaktoren niederschlägt – und welche Anforderungen daraus für demokratische Handlungsfähigkeit entstehen.

2.5 Strukturelle Überforderung, statt individuelles Versagen

Die verbreitete Wahrnehmung, politische Akteure seien unfähig oder eigennützig, greift analytisch zu kurz. Sie ist vielmehr Ausdruck eines tieferliegenden Problems: Politische Systeme geraten unter Bedingungen beschleunigter technologischer, gesellschaftlicher und geopolitischer Veränderungen zunehmend an ihre strukturellen Grenzen.

Diese strukturelle Diskrepanz zwischen politischer Entscheidungslogik und technologischer Dynamik wird in der Forschung zu Beschleunigung und Komplexität seit Jahren beschrieben (Rosa 2013; Bennett & Lemoine 2014).

Politik ist historisch auf schrittweise Anpassung, lineare Entscheidungsprozesse und klare Zuständigkeiten ausgelegt. Die gegenwärtige Realität ist jedoch geprägt von:

- hoher Geschwindigkeit,
- starker Vernetzung von Problemfeldern,
- komplexen Zielkonflikten,
- und einer Vielzahl externer Einflussfaktoren.

Unter diesen Bedingungen wird Handlungsfähigkeit nicht nur schwieriger, sondern auch weniger sichtbar. Entscheidungen verzögern sich, Verantwortung diffundiert, und politische Kommunikation ersetzt zunehmend tatsächliche Steuerung. Für die Bevölkerung entsteht daraus der Eindruck von Orientierungslosigkeit und mangelnder Führung.

Diese Spannung lässt sich demokratiethoretisch als Verschiebung von Input- zu Output-Legitimität beschreiben (Scharpf 1999).

2.6 Die psychologische Dimension demokratischer Handlungsfähigkeit

Auffällig ist, dass sich ähnliche Muster auch in vielen Organisationen und Unternehmen beobachten lassen. Studien zeigen seit Jahren, dass nur ein kleiner Teil der Beschäftigten ihre Arbeit als sinnstiftend und wirksam erlebt. Die Mehrheit fühlt sich entweder nur eingeschränkt eingebunden oder innerlich distanziert.

Die Ursachen sind vergleichbar:

- Entscheidungen fallen in **geschlossenen Strukturen**,
- **Beteiligung** bleibt formal oder symbolisch,
- **Anpassung** wird belohnt, Eigeninitiative sanktioniert,
- **Sinn und Zielklarheit** gehen verloren.

Die Folgen sind bekannt: innere Kündigung, Innovationsschwäche, Vertrauensverlust.

Neben strukturellen und institutionellen Faktoren spielt die psychologische Dimension eine zentrale Rolle für das Funktionieren demokratischer und wirtschaftlicher Systeme.

Wirtschaftspsychologische Forschung zeigt seit Jahren, dass Menschen dann handlungsfähig, kooperationsbereit und innovationsoffen bleiben, wenn sie drei grundlegende Erfahrungen machen:

- Sinnhaftigkeit,
- Wirksamkeit und
- Vertrauen.

Gehen diese Faktoren verloren, treten gut dokumentierte Effekte auf: Rückzug aus Verantwortung, Zynismus, Vereinfachung komplexer Zusammenhänge und die Suche nach scheinbar starken Akteuren, die Orientierung versprechen. Diese Muster sind aus Organisationen und Unternehmen ebenso bekannt wie aus politischen Systemen.

Auch Organisationen / Unternehmen kämpfen aktuell mit dem gleichen Problem wie die Politik. In Österreich sind nur rund 9% der Menschen im Arbeitsleben engagiert bei der Arbeit (vgl. Gallup Engagement Index). Das heißt rund 91% der Menschen gehen zur Arbeit, weil sie müssen.

Entscheidend ist dabei weniger objektive Lageverschlechterung als subjektive Wahrnehmung. Menschen reagieren nicht primär auf Statistiken, sondern auf erlebte

- Unsicherheit,
- Kontrollverlust und
- fehlende Zukunftsbilder.

Wo politische Systeme keine nachvollziehbaren Perspektiven vermitteln, entsteht psychologische Überforderung – selbst dann, wenn formale Strukturen stabil bleiben.

In diesem Sinne ist Politikverdrossenheit auch als kollektive Erschöpfungsreaktion zu verstehen. Sie entsteht dort, wo Menschen dauerhaft Anpassungsleistungen erbringen sollen, ohne Sinn, Richtung oder Wirkung ihres Handelns erkennen zu können. Eine nachhaltige Stärkung demokratischer Systeme muss daher nicht nur institutionell, sondern auch psychologisch ansetzen.

Überträgt man diese Beobachtungen auf politische Systeme, wird deutlich, dass auch hier **fehlende Beteiligung und mangelnde Wirksamkeit** zentrale Treiber der aktuellen Unzufriedenheit sind.

Politik wird von vielen Menschen nicht mehr als gestaltender Prozess erlebt, sondern als etwas, das „passiert“ – ohne nachvollziehbare Einflussmöglichkeiten.

Demokratische Handlungsfähigkeit entscheidet sich damit nicht nur an institutionellen Strukturen, sondern an der Frage, ob Menschen Sinn, Wirksamkeit und Vertrauen erleben – Kategorien, die sowohl für Organisationen als auch für politische Systeme zentral sind.

2.7 Verlust von Diskurs und Verständigung

Verschärft wird diese Situation durch einen zunehmend fragmentierten öffentlichen Diskurs. Medien, die komplexe Zusammenhänge einordnen und langfristige Perspektiven vermitteln, verlieren an Ressourcen und Reichweite. Gleichzeitig dominieren verkürzte Narrative, emotionale Zuspitzungen und polarisierende Deutungen.

Damit fehlt ein zentraler Übersetzungsraum zwischen:

- politischer Komplexität
- und gesellschaftlichem Verständnis.

Wo Probleme nicht mehr erklärt, sondern nur noch bewertet werden, wächst das Gefühl, dass „niemand mehr weiß, was eigentlich passiert“. In dieser Situation wird fehlende Handlungsfähigkeit schnell als Inkompetenz interpretiert – und politische Verantwortung als Eigennutz.

2.8 Zwischenfazit

Die gegenwärtige Politikverdrossenheit ist kein Ausdruck von Gleichgültigkeit oder Demokratiefeindlichkeit, sondern ein **Symptom systemischer Überforderung**. Sie entsteht dort, wo Menschen die Erfahrung machen, dass politische Systeme mit der Geschwindigkeit und Komplexität der Gegenwart nicht mehr Schritt halten – und wo es zugleich an verständlicher Orientierung fehlt.

Wenn Politikverdrossenheit als Ausdruck systemischer Überforderung verstanden wird, dann liegt die Antwort nicht in der weiteren Individualisierung von Verantwortung, sondern in der kollektiven Organisation gesellschaftlicher Risiken.

Demokratische Systeme stehen damit vor der Aufgabe, ihren Gesellschaftsvertrag weiterzuentwickeln: weg von der impliziten Annahme individueller Bewältigungskompetenz, hin zu Formen institutionalisierter Solidarität, die Freiheit, Sicherheit und Handlungsfähigkeit auch unter Bedingungen hoher Komplexität und hohen Drucks gewährleisten.

In dieser Perspektive wird Solidarität nicht zum moralischen Appell, sondern zur funktionalen Voraussetzung demokratischer Stabilität.

Diese Ausgangslage bildet den Kontext, vor dem politische Kommunikation, institutionelle Rollen und gesellschaftliche Erwartungen neu bewertet werden müssen.

Vor diesem Hintergrund erhält auch die Neujahrsansprache des Bundespräsidenten besondere Bedeutung:

Sie ist weniger als Einzelrede zu verstehen, sondern als Versuch, in einer Situation wachsender Unsicherheit Orientierung zu geben. Wie diese Einordnung zu bewerten ist und wo ihre Stärken und Grenzen liegen, wird im folgenden Kapitel analysiert.

3 Die Neujahrsansprache 2026 des Bundespräsidenten: Einordnung und Bedeutung

Die Neujahrsansprache des Bundespräsidenten 2026 ist vor dem Hintergrund einer angespannten innen- und außenpolitischen Lage zu lesen. Sie richtet sich an eine Gesellschaft, die sich in vielen Bereichen verunsichert zeigt: wirtschaftlich, geopolitisch, technologisch und sozial. In diesem Kontext übernimmt die Rede eine klassische, aber zugleich anspruchsvolle Funktion: Orientierung zu geben, ohne politische Programme zu formulieren, und Zusammenhalt einzufordern, ohne konkrete politische Zuständigkeiten zu überschreiten.

Der Bundespräsident beschreibt die Lage der europäischen Demokratien als ernst, aber nicht hoffnungslos. Diese Formulierung ist bewusst gewählt. Sie vermeidet sowohl Alarmismus als auch Beschwichtigung und markiert damit einen schmalen Grat zwischen Realismus und Zuversicht. Zentral ist dabei die implizite Botschaft, dass Demokratie kein Selbstläufer ist, sondern aktive Pflege, Engagement und Verantwortungsübernahme erfordert.

3.1 Demokratie als gemeinsame Aufgabe

Ein wiederkehrendes Motiv der Rede ist der Appell an die Gesellschaft als Ganzes. Demokratie erscheint nicht primär als institutionelles Arrangement, sondern als gemeinschaftliche Praxis, die von Beteiligung, Vertrauen und gegenseitiger Verantwortung lebt. Der Bundespräsident betont, dass Freiheit, Sicherheit und Wohlstand nicht garantiert sind, sondern immer wieder neu erarbeitet und verteidigt werden müssen.

Diese Perspektive ist konsistent mit der verfassungsmäßigen Rolle des Bundespräsidenten. Er ist weder Gesetzgeber noch Exekutivorgan, sondern Hüter der demokratischen Ordnung und moralische Autorität im politischen System. Seine Worte zielen daher weniger auf konkrete Maßnahmen als auf Haltung, Bewusstsein und Selbstverständnis.

Gerade in einer Zeit, in der politische Kommunikation häufig auf kurzfristige Effekte, Polarisierung und Vereinfachung ausgerichtet ist, setzt die Rede bewusst auf eine andere Tonlage: nüchtern, verbindend und langfristig orientiert.

3.2 Europa im Zentrum – aber ohne operative Zuspitzung

Auffällig ist die klare europäische Perspektive der Ansprache. Der Bundespräsident verweist auf die Notwendigkeit eines erneuerten europäischen Selbstverständnisses und eines gemeinsamen Handelns der Mitgliedstaaten. Europa erscheint dabei nicht nur als wirtschaftlicher Raum, sondern als Wertegemeinschaft, deren demokratische Grundlagen unter externem und internem Druck stehen.

Gleichzeitig bleibt die Rede bewusst auf der Ebene der Prinzipien. Konkrete geopolitische Akteure, sicherheitspolitische Szenarien oder wirtschaftliche Abhängigkeiten werden nicht detailliert ausgeführt. Dies ist kein Mangel, sondern Ausdruck der institutionellen Rolle des Amtes. Die Ansprache markiert einen Orientierungsrahmen, innerhalb dessen politische Akteure, Institutionen und die Zivilgesellschaft handeln sollen.

Damit verschiebt sich die Verantwortung implizit: Die Rede formuliert ein „Wir sollten“, ohne festzulegen, wer das „Wir“ in welcher Form operationalisiert. Diese Offenheit ist zugleich Stärke und Schwäche.

3.3 Stärke der Rede: Orientierung und Zusammenhalt

Die Stärke der Neujahrsansprache liegt in ihrer integrativen Funktion. Sie benennt Unsicherheit, ohne Angst zu schüren, und fordert Engagement ein, ohne Schuldzuweisungen vorzunehmen. In einer Situation wachsender Politikverdrossenheit kann dies stabilisierend wirken, weil es die Bevölkerung nicht weiter polarisiert, sondern zur Selbstvergewisserung einlädt.

Gerade vor dem Hintergrund der in Kapitel 1 beschriebenen systemischen Überforderung politischer Prozesse ist diese Form der Ansprache relevant. Sie signalisiert: Die Herausforderungen sind real, aber sie sind gestaltbar – wenn Verantwortung nicht ausschließlich an „die Politik“ delegiert wird.

3.4 Grenze der Rede: fehlende Übersetzung in Handlungsfähigkeit

Gleichzeitig wird an dieser Stelle eine zentrale Leerstelle sichtbar. Die Rede formuliert ein normatives Zielbild, bietet aber keine Brücke zwischen Haltung und Handlung. Für viele Menschen, die politische Prozesse als wenig wirksam erleben, bleibt offen, wie aus Appellen konkrete Veränderungen entstehen sollen.

In einer Zeit, in der Geschwindigkeit, technologische Umbrüche und geopolitische Spannungen zunehmen, wächst jedoch der Bedarf an sichtbarer Handlungsfähigkeit. Wo diese nicht erkennbar wird, drohen Appelle an Verantwortung ins Leere zu laufen oder als Wiederholung wohlbekannter Erwartungen wahrgenommen zu werden.

Diese Spannung ist kein individuelles Versäumnis des Bundespräsidenten, sondern Ausdruck einer strukturellen Herausforderung: Die Rolle des Amtes ist auf Orientierung angelegt, während die gesellschaftliche Erwartung zunehmend nach Führung und Richtung verlangt.

3.5 Zwischenfazit

Die Neujahrsansprache 2026 des Bundespräsidenten erfüllt ihre verfassungsmäßige und gesellschaftliche Funktion in hohem Maße. Sie ordnet ein, mahnt zur Verantwortung und betont die Bedeutung von Demokratie und europäischem Zusammenhalt. Gleichzeitig macht sie sichtbar, wie groß die Kluft zwischen normativer Orientierung und erlebter politischer Handlungsfähigkeit inzwischen geworden ist.

Gerade diese Kluft eröffnet jedoch einen wichtigen Raum: für eine vertiefte Analyse der strukturellen Ursachen und für die Frage, wie demokratische Systeme ihre Handlungsfähigkeit unter veränderten globalen Bedingungen zurückgewinnen können.

Aus dieser Perspektive stellt sich im nächsten Kapitel nicht die Frage, **ob** Demokratie verteidigt werden muss, sondern **wie** demokratische Handlungsfähigkeit auf nationaler, europäischer und gesellschaftlicher Ebene konkret gestärkt werden kann – und welche Rolle Institutionen wie das Amt des Bundespräsidenten dabei einnehmen können.

4 Demokratische Handlungsfähigkeit unter Druck: Externe und interne Einflussfaktoren

Demokratische Systeme stehen gegenwärtig unter einem vielschichtigen Druck, der sich nicht auf einzelne Ereignisse oder politische Fehlentscheidungen reduzieren lässt. Vielmehr ist dieser Druck das Ergebnis eines tiefgreifenden strukturellen Wandels, der wirtschaftliche, technologische, gesellschaftliche und geopolitische Entwicklungen miteinander verknüpft. Die Summe dieser Faktoren führt dazu, dass demokratische Handlungsfähigkeit zunehmend infrage gestellt wird – nicht nur von außen, sondern auch von innen.

4.1 Ebenen der politischen Verantwortung und Handlungsfähigkeit

Zur analytischen Einordnung folgt dieses Papier einem Modell, das zwischen externen, politisch nicht kurzfristig beeinflussbaren Faktoren, gestaltbaren politischen Handlungsfeldern und selbst erzeugten strukturellen Problemen unterscheidet.

Für eine wirksame demokratische Handlungsfähigkeit ist es entscheidend, zwischen drei Ebenen zu unterscheiden:

- 1) Entwicklungen, die von **außen wirken** und kurzfristig **nicht beeinflussbar** sind. Dazu zählen globale technologische Durchbrüche, geopolitische Machtverschiebungen oder externe Krisenereignisse. Sie bilden den Rahmen politischen Handelns, entziehen sich jedoch direkter Kontrolle.
- 2) Entwicklungen, die **politisch gestaltbar** sind. Dazu zählen institutionelle Strukturen, rechtliche Rahmenbedingungen, Investitionsentscheidungen, Formen der internationalen Kooperation sowie die Organisation demokratischer Prozesse. Hier entscheidet politischer Wille über Handlungsfähigkeit.
- 3) Problemlagen, die **durch eigenes politisches oder gesellschaftliches Handeln entstanden** sind. Dazu gehören strukturelle Blockaden, über Jahre aufgebaute Abhängigkeiten, unzureichende Reformen oder das Festhalten an nicht mehr zeitgemäßen Entscheidungsmechanismen.

Eine wirksame politische Strategie erfordert, unverfügbare Rahmenbedingungen anzuerkennen, gestaltbare Bereiche aktiv zu nutzen und selbstverursachte Blockaden offen zu benennen und zu korrigieren.

4.2 Geopolitische Herausforderungen

Europa steht gegenwärtig unter dem gleichzeitigen Druck dreier externer Dynamiken, die sich in ihrer Wirkung unterscheiden, sich jedoch gegenseitig verstärken. Diese Entwicklungen liegen weitgehend außerhalb des unmittelbaren Einflussbereichs einzelner Mitgliedstaaten, bestimmen aber maßgeblich den politischen und wirtschaftlichen Handlungsspielraum Europas – und damit auch Österreichs.

China verfolgt eine strategisch gesteuerte Wirtschaftspolitik, die auf staatlich gestützte Produktion, gezielte Marktverdrängung und langfristige Abhängigkeiten entlang globaler Lieferketten ausgerichtet ist. Europäische Unternehmen geraten dadurch unter strukturellen Wettbewerbsdruck, während zentrale Industrien und Schlüsseltechnologien schrittweise an wirtschaftliche und technologische Souveränität verlieren.

Russland agiert primär machtpolitisch. Der Angriff auf die Ukraine markiert nicht nur einen Bruch des Völkerrechts, sondern Ausdruck eines imperialen Anspruchs, der auf territoriale Ausdehnung, Einflusszonen und politische Destabilisierung Europas abzielt. Sicherheit wird damit wieder zu einer zentralen Voraussetzung politischer und wirtschaftlicher Handlungsfähigkeit.

Die Vereinigten Staaten haben mit einer zunehmend protektionistischen Politik und der Betonung nationaler Interessen zentrale Gewissheiten der Nachkriegsordnung relativiert. Handels- und Industriepolitik, extraterritoriale Rechtsdurchsetzung sowie offen formulierte geopolitische Interessen verschieben die transatlantische Balance und machen deutlich, dass europäische Sicherheit, wirtschaftliche Stabilität und digitale Infrastruktur nicht länger abgesichert sind.

In ihrer Gesamtheit erzeugen diese drei Dynamiken einen externen Druck, der Europa zu größerer Eigenständigkeit zwingt. Sie machen deutlich, dass Handlungsfähigkeit, Resilienz und Souveränität nicht länger abstrakte Ziele sind, sondern konkrete Voraussetzungen für die Sicherung demokratischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Stabilität.

4.3 Technologischer Paradigmenwechsel und Beschleunigung

Der gegenwärtige technologische Wandel unterscheidet sich von früheren Innovationsschüben nicht nur durch seine Geschwindigkeit, sondern durch seine systemische Wirkung. Entwicklungszyklen verkürzen sich drastisch, technologische Fähigkeiten verdoppeln sich in immer kürzeren Zeiträumen, und neue Technologien entfalten ihre gesellschaftliche Wirkung nahezu zeitgleich mit ihrer Markteinführung. Diese Beschleunigung überfordert politische, institutionelle und rechtliche Anpassungsmechanismen, die historisch auf schrittweise, lineare Veränderungen ausgelegt sind.

Künstliche Intelligenz stellt dabei eine qualitativ neue Technologie dar. Anders als frühere technische Innovationen ersetzt oder erweitert sie nicht einzelne Werkzeuge oder Prozesse, sondern greift unmittelbar in zentrale menschliche Fähigkeiten ein: Wahrnehmung, Entscheidungsfindung, Wissensverarbeitung und Kommunikation. KI wirkt damit nicht nur als Produktivitätsfaktor, sondern als allgemeine Steuerungs- und Machttechnologie. Ihre Wirkung entfaltet sich sektorenübergreifend, skaliert global und konzentriert sich bei jenen Akteuren, die über Daten, Rechenleistung und Kapital verfügen. Damit verschärft technologische Beschleunigung bestehende Machtasymmetrien und stellt demokratische Steuerungsfähigkeit vor neue Herausforderungen. Details dazu finden sich im Anhang **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

4.4 Kapitalmarktlogik, exponentielles Wachstum und strukturelle Überforderung

Ein wesentlicher Treiber der gegenwärtigen systemischen Überforderung liegt in der Wechselwirkung zwischen Kapitalmarktlogik und wachstumsorientierten Steuerungsmodellen. Wachstumsvorgaben wie „double digit growth“ gelten in vielen börsennotierten Unternehmen als implizite Voraussetzung, um Investoren zufriedenzustellen und den Aktienkurs zu stabilisieren. Dabei handelt es sich nicht um lineares, sondern um exponentielles Wachstum: Jede Steigerung baut auf einer bereits erhöhten Basis auf.

Exponentielle Wachstumslogiken sind in biologischen, ökologischen und sozialen Systemen nicht dauerhaft stabil. Wo sie zur dominanten Steuerungslogik werden, führen sie nicht zu Fortschritt, sondern zwangsläufig zu Überdehnung, Instabilität und letztlich zum Absterben von Systemen.

Aus unternehmerischer Sicht ist diese Dynamik nicht zwingend durch reale Erfordernisse begründet. In vielen Fällen wäre eine stabile, profitable Entwicklung ohne permanentes zweistelliges Wachstum möglich und nachhaltig sinnvoll. Der Wachstumsdruck entsteht primär aus den Erwartungen der Finanzmärkte, nicht aus den tatsächlichen Bedürfnissen von Kunden, Mitarbeitenden oder langfristiger Innovationsfähigkeit.

Diese Logik führt zu einer Entkopplung von kurzfristiger Kapitalmarktzufriedenheit und langfristigem Unternehmenswohl. Strategische Entscheidungen werden zunehmend danach bewertet, ob sie kurzfristig Wachstum signalisieren, nicht danach, ob sie Substanz sichern, Resilienz stärken oder gesellschaftlichen Nutzen stiften. Was betriebswirtschaftlich als Erfolg erscheint, erzeugt systemisch Überdehnung – von Organisationen ebenso wie von politischen und gesellschaftlichen Institutionen, die sich an vergleichbaren Wachstumsannahmen orientieren.

In der Summe entsteht ein Modell, das Stabilität verspricht, aber strukturell Instabilität erzeugt. Exponentielles Wachstum und kurzfristige Renditeorientierung verstärken sich gegenseitig und untergraben jene langfristigen Grundlagen, auf denen demokratische, wirtschaftliche und soziale Systeme beruhen.

Die ökonomische Literatur beschreibt diese Dynamik als inhärente Instabilität finanziellierter Systeme (Minsky 1986).

Gerade im europäischen und insbesondere im österreichischen Mittelstand zeigt sich, dass wirtschaftlicher Erfolg nicht zwingend an exponentielle Wachstumslogiken gekoppelt sein muss. Viele dieser Unternehmen sind nicht primär kapitalmarktorientiert, sondern langfristig geführt, häufig eigentümergeprägt und regional verankert.

Ihr Fokus liegt weniger auf kurzfristiger Rendite, sondern auf Stabilität, Qualität, Mitarbeiterbindung und nachhaltiger Wertschöpfung. Diese Strukturen sind in der Lage, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit mit gesellschaftlicher Verantwortung zu verbinden – nicht trotz, sondern gerade wegen der Abwesenheit permanenter Wachstumszwänge.

In einer Zeit, in der kapitalmarktgetriebene Modelle zunehmend an ihre systemischen Grenzen stoßen, liegt hierin keine nostalgische Rückschau, sondern eine reale strategische Chance. Der Mittelstand bietet ein erprobtes Gegenmodell zu kurzfristiger Überdehnung und kann als Referenz für eine resilientere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung dienen – vorausgesetzt, politische Rahmenbedingungen stärken diese Strukturen, statt sie an Logiken auszurichten, für die sie nicht gemacht sind.

Diese Strukturen bieten damit einen realen Referenzrahmen für wirtschaftliche und politische Modelle jenseits kurzfristiger Wachstumszwänge.

Globale Konzerne sind vor diesem Hintergrund weniger Ursache als Ausdruck dieser kapitalmarktgetriebenen Logik – und zugleich deren wirksamster Verstärker.

4.5 Globale Konzerne als transnationale Machtakeure jenseits staatlicher Regulierung

Neben Staaten haben sich im 21. Jahrhundert globale Großkonzerne zu eigenständigen Machtakeuren entwickelt. Sie sind weder demokratisch legitimiert noch an nationale Interessen gebunden, prägen jedoch zunehmend wirtschaftliche, technologische, gesellschaftliche und politische Rahmenbedingungen. Ihre strategische Logik folgt nicht staatlicher Verantwortung, sondern Skalierung, Kapitalakkumulation und Marktmacht – unabhängig von Herkunftsland oder politischem System.

Diese Entwicklung ist kein Zufallsprodukt, sondern Ausdruck eines strukturellen Wandels, der eng mit der Globalisierung, der Digitalisierung und dem Übergang in das Anthropozän verbunden ist.

4.5.1 Von Marktteilnehmern zu systemrelevanter Infrastruktur

Globale Konzerne agieren heute nicht mehr primär als Anbieter einzelner Produkte oder Dienstleistungen, sondern als **Betreiber zentraler Infrastrukturen**:

- digitale Plattformen,
- Cloud- und Rechenzentrumsinfrastruktur,
- Datenökosysteme,
- KI-basierte Steuerungs- und Analysewerkzeuge,
- globale Logistik- und Lieferketten.

Diese Infrastrukturen sind für Wirtschaft, Verwaltung, Medien und zunehmend auch für staatliche Kernfunktionen unverzichtbar geworden. Staaten, Unternehmen und öffentliche Institutionen sind damit faktisch Nutzer fremder, privat kontrollierter Systeme. Politische Souveränität bleibt formal bestehen, wird jedoch funktional eingeschränkt.

Plattform- und Cloudkonzerne übernehmen heute infrastrukturelle Funktionen, die traditionell staatlicher Steuerung unterlagen (Srnicek 2017; Zuboff 2019).

4.5.2 Abfluss von Wertschöpfung durch Wissen, Daten und KI-Training

Ein zentraler Mechanismus der aktuellen Machtverschiebung besteht im Abfluss europäischer Wertschöpfung trotz hoher eigener Wissens-, Daten- und Innovationsleistung. Wissenschaftliche Grundlagenforschung, Ausbildung qualifizierter Fachkräfte und große Teile des digitalen Datenbestands entstehen in Europa und werden überwiegend öffentlich oder gesellschaftlich finanziert.

Diese Ressourcen bilden zugleich die Grundlage für das Training und die Weiterentwicklung moderner KI-Systeme. Trainingsdaten, Nutzungsdaten und Verhaltensdaten europäischer Bürgerinnen und Bürger werden über Cloud- und Plattforminfrastrukturen globaler Konzerne gesammelt, gespeichert und ausgewertet. Die daraus entstehenden Modelle, Produkte und Geschäftsmodelle unterliegen jedoch der Kontrolle weniger transnationaler Akteure.

Damit fließt nicht nur wirtschaftliche Wertschöpfung ab, sondern auch strategische Kontrolle über Wissen, Daten und technologische Entwicklung. Europäische Daten werden zur Ressource globaler Geschäftsmodelle, während Gewinne, Steueraufkommen und Entscheidungsmacht außerhalb Europas konzentriert werden.

Diese Entwicklung schwächt langfristig die wirtschaftliche, technologische und demokratische Souveränität Europas. Sie ist nicht das Ergebnis individueller Entscheidungen einzelner Nutzer, sondern struktureller Abhängigkeiten, die durch zentrale Plattformen und Cloud-Infrastrukturen systematisch verstärkt werden.

4.5.3 Nationale Regulierung stößt an strukturelle Grenzen

Die wachsende Macht globaler Konzerne ist nicht primär das Ergebnis fehlenden politischen Willens, sondern struktureller Asymmetrien:

- **Transnationale Organisation:**

Wertschöpfung, Datenflüsse und Rechtsstrukturen sind über viele Staaten verteilt. Nationale Regulierung führt häufig zu Standortverlagerung statt zu wirksamer Kontrolle.

- **Kapitalmobilität und Standortwettbewerb:**

Staaten konkurrieren um Investitionen, Arbeitsplätze und Steuereinnahmen. Dies schwächt ihre Verhandlungsmacht gegenüber großen Konzernen.

- **Asymmetrisches Wissen:**

Die technische und organisatorische Komplexität globaler Plattformen übersteigt häufig die regulatorischen und administrativen Kapazitäten staatlicher Institutionen.

- **Zeitproblem demokratischer Systeme:**

Gesetzgebungsprozesse sind notwendigerweise deliberativ und langsam. Konzernstrategien agieren schnell, adaptiv und global.

Diese Faktoren führen dazu, dass politische Steuerungsfähigkeit real abnimmt, obwohl demokratische Verfahren formal intakt bleiben.

4.5.4 Digitale Abhängigkeit und extraterritoriale Macht

Besonders sichtbar wird diese Machtverschiebung im digitalen Raum. Große Teile der digitalen Infrastruktur – insbesondere Cloud-Dienste, Softwareplattformen und KI-Modelle – liegen außerhalb europäischer Kontrolle. Damit entstehen Abhängigkeiten, die weit über technische Fragen hinausgehen.

Rechtsinstrumente mit extraterritorialer Wirkung ermöglichen staatlichen Zugriff auf Daten, auch wenn diese physisch außerhalb des eigenen Territoriums gespeichert sind. Für europäische Staaten, Unternehmen und Bürgerinnen und Bürger bedeutet dies eine Einschränkung digitaler und politischer Souveränität, unabhängig davon, ob konkrete Zugriffe im Einzelfall erfolgen oder nicht.

Die bloße Anwendbarkeit extraterritorialer Rechtsinstrumente stellt bereits eine strukturelle Einschränkung digitaler Souveränität dar (EuGH, Schrems II; CLOUD Act).

Digitale Souveränität wird damit zu einer Grundvoraussetzung demokratischer Handlungsfähigkeit.

4.5.5 Plattformökonomie, Medienwandel und öffentliche Meinungsbildung

Globale Plattformen haben die Struktur öffentlicher Diskurse grundlegend verändert. Meinungsbildung verlagert sich zunehmend in private, algorithmisch gesteuerte Räume, deren Funktionslogik nicht demokratischen Prinzipien, sondern Aufmerksamkeit, Reichweite und Monetarisierung folgt.

Gleichzeitig fließen Werbeerlöse in großem Umfang zu globalen Plattformen ab. Klassische Medien verlieren ihre wirtschaftliche Basis, insbesondere auf regionaler und lokaler Ebene. Damit gehen nicht nur Arbeitsplätze verloren, sondern auch:

- Einordnungskompetenz,
- journalistische Recherche,
- und die Fähigkeit, gesellschaftliche Debatten zu strukturieren.

Die Erosion einer unabhängigen Medienlandschaft schwächt die demokratische Öffentlichkeit, ohne dass dies unmittelbar als politischer Eingriff sichtbar wird.

Der Zusammenhang zwischen Plattformökonomie und Erosion journalistischer Strukturen ist empirisch gut dokumentiert (Reuters Institute 2023).

4.5.6 Globale Konzerne, Steuervermeidung und demokratische Steuerungsfähigkeit

Die unzureichende Besteuerung globaler Konzerne ist kein ausschließlich globales Problem und auch kein Ausdruck fehlender nationaler Handlungsfähigkeit. Sie ist in weiten Teilen das Ergebnis politischer Entscheidungen innerhalb Europas. Der europäische Binnenmarkt ermöglicht grenzüberschreitende Wertschöpfung, ohne gleichzeitig eine konsistente steuerliche Erfassung dieser Wertschöpfung sicherzustellen. Einzelne Mitgliedstaaten haben diesen Umstand gezielt genutzt, um durch aggressive Steuerpolitik Unternehmensgewinne anzuziehen, die andernorts erwirtschaftet werden.

Diese Praxis untergräbt nicht nur die fiskalische Basis anderer Mitgliedstaaten, sondern beschädigt das Solidarprinzip und die politische Kohärenz der Europäischen Union insgesamt. Sie führt dazu, dass Steuerlasten asymmetrisch verteilt werden: Während kleine und mittlere Unternehmen sowie Arbeitnehmer weitgehend national gebunden bleiben, können global agierende Konzerne ihre Steuerpflicht innerhalb Europas systematisch minimieren. Der Eindruck von Ungerechtigkeit schwächt Vertrauen in Staat und Demokratie und verstärkt politische Polarisierung.

Für Österreich ergibt sich daraus keine Ohnmacht, sondern politische Verantwortung. Österreich kann – national und auf europäischer Ebene – aktiv auf eine faire Besteuerung digitaler und globaler Wertschöpfung drängen, europäische Mindestbesteuerungsmodelle unterstützen und steuerpolitische Sonderwege einzelner Mitgliedstaaten offen benennen. Die Durchsetzung steuerlicher Fairness ist damit kein technisches Detail, sondern eine zentrale Voraussetzung demokratischer Glaubwürdigkeit und gesellschaftlicher Solidarität.

4.5.7 Politischer Einfluss und Lobbyismus

Globale Konzerne nehmen politischen Einfluss nicht durch offene Machtübernahme, sondern durch dauerhafte Mitgestaltung regulatorischer Rahmenbedingungen. Massive Investitionen in Lobbyismus auf nationaler und europäischer Ebene sind Ausdruck dieser Entwicklung.

Politische Entscheidungen entstehen dadurch zunehmend in einem Spannungsfeld zwischen demokratischer Legitimation und wirtschaftlicher Macht. Für Bürgerinnen und Bürger wird dieser Prozess intransparent. Das Gefühl entsteht, dass grundlegende Entwicklungen politisch nicht mehr gestaltbar sind – ein zentraler Treiber von Politikverdrossenheit und demokratischem Misstrauen.

4.5.8 Konsequenzen für Demokratie und europäische Souveränität

Die wachsende Macht globaler Konzerne stellt Demokratien nicht durch offene Konfrontation infrage, sondern durch schleichende Funktionsverschiebung. Politische Institutionen bleiben bestehen, verlieren jedoch reale Steuerungsfähigkeit.

Für Europa ergibt sich daraus eine doppelte Herausforderung:

- Nationale Antworten reichen nicht aus.
- Demokratische Souveränität muss auf europäischer Ebene neu gedacht und organisiert werden.

Globale Konzerne sind damit kein Randthema, sondern ein zentraler Faktor für die Zukunft demokratischer Systeme. Ohne eine gemeinsame europäische Strategie zur Regulierung, Kontrolle und gegebenenfalls zum Aufbau eigener Infrastrukturen bleibt Demokratie formal intakt, aber strukturell geschwächt.

Globale Konzerne haben sich zu transnationalen Machtakteuren entwickelt, deren Einfluss staatliche Steuerungsfähigkeit zunehmend begrenzt. Diese Entwicklung ist weder auf einzelne Länder noch auf einzelne Branchen beschränkt. Sie ist Ausdruck eines systemischen Wandels, der demokratische Institutionen vor neue Herausforderungen stellt.

Demokratische Zukunftsfähigkeit entscheidet sich daher nicht nur an Wahlen oder Verfassungen, sondern auch an der Frage, **wer die zentralen Infrastrukturen kontrolliert, auf denen Wirtschaft, Kommunikation und politische Willensbildung beruhen.**

4.6 Verlust von Resilienz durch Abhängigkeiten und Kurzfristlogiken

Parallel zu diesen externen Entwicklungen haben viele europäische Staaten in den vergangenen Jahrzehnten eigene Verwundbarkeiten aufgebaut.

Wirtschaftliche Effizienz, Kostensenkung und kurzfristige Wohlstandsgewinne standen im Vordergrund, während langfristige Resilienz vernachlässigt wurde.

Dies zeigt sich insbesondere in:

- starken Abhängigkeiten bei Energie, Rohstoffen und Technologie,
- der Auslagerung zentraler Produktions- und Wertschöpfungsketten,
- dem Verlust strategischer Kompetenzen im digitalen und technologischen Bereich,
- und einer hohen Konzentration wirtschaftlicher Macht außerhalb Europas.

Diese Abhängigkeiten schränken politische Handlungsspielräume erheblich ein. Entscheidungen werden nicht mehr allein auf Basis demokratischer Prioritäten getroffen, sondern unter dem Druck externer Zwänge. In Krisensituationen wird sichtbar, wie begrenzt die eigene Steuerungsfähigkeit geworden ist.

4.7 Geschwindigkeit, Komplexität und strukturelle Überforderung

Ein zentraler Stressfaktor für demokratische Systeme ist die dramatische

Beschleunigung gesellschaftlicher und technologischer

Veränderungsprozesse. Digitalisierung, globale Finanzmärkte, neue Produktionsformen und künstliche Intelligenz verändern Rahmenbedingungen in einem Tempo, das politische Entscheidungsstrukturen kaum mehr abbilden können.

Demokratische Politik ist historisch auf Ausgleich, Konsens und schrittweise Anpassung ausgelegt. Unter Bedingungen hoher Komplexität und Geschwindigkeit führt dies zu Verzögerungen, Kompetenzdiffusion und Kommunikationsproblemen. Entscheidungen erscheinen widersprüchlich oder folgenlos, selbst wenn sie sachlich begründet sind.

Für die Bevölkerung entsteht daraus der Eindruck, Politik reagiere nur noch auf Ereignisse, statt Entwicklungen aktiv zu gestalten. Diese Wahrnehmung verstärkt das Gefühl von Kontrollverlust und untergräbt Vertrauen in demokratische Institutionen.

4.8 Menschliche Verantwortung im Zeitalter beschleunigten Wandels

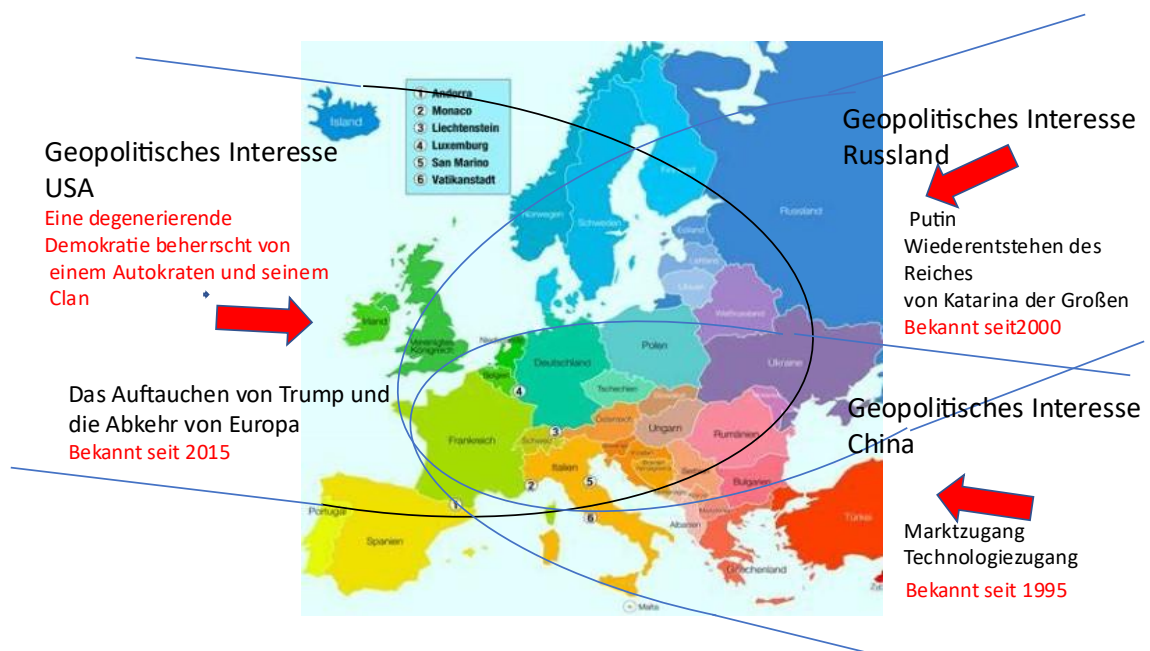
Die gegenwärtigen Herausforderungen sind kein naturgegebenes Schicksal. Sie sind Ergebnis menschlicher Entscheidungen – politisch, wirtschaftlich und technologisch. Mit der zunehmenden Gestaltungsmacht des Menschen über globale Prozesse wächst auch die Verantwortung, diese Macht bewusst und vorausschauend zu nutzen.

Demokratie steht damit vor einer doppelten Aufgabe: Sie muss ihre normativen Grundlagen bewahren und zugleich ihre Steuerungsfähigkeit unter veränderten Bedingungen weiterentwickeln. Verantwortung kann dabei nicht allein an politische Institutionen delegiert werden. Sie betrifft ebenso wirtschaftliche Akteure, Medien, Zivilgesellschaft und jede Form organisierter Entscheidungsfindung.

Gerade in einer vom Menschen geprägten Welt wird deutlich, dass demokratische Handlungsfähigkeit kein statischer Zustand ist, sondern das Ergebnis kontinuierlicher Anpassung, Lernfähigkeit und gemeinsamer Orientierung.

4.9 Zwischenfazit

Europa befindet sich in einem systemischen Wettbewerb, der wirtschaftlich, territorial und sicherheitspolitisch zugleich geführt wird. Die Herausforderung besteht nicht darin, einzelne Akteure zu bewerten, sondern die Konsequenzen ihrer Regierungslogiken ernst zu nehmen. Demokratische Systeme müssen sich in einer Welt behaupten, in der Machtpolitik, staatlich gestützter Wettbewerb und strategische Unsicherheit wieder dominieren.



Diese Realität bildet den äußeren Rahmen, innerhalb dessen demokratische Politik heute handeln muss – und erklärt, warum Appelle allein nicht mehr ausreichen, um Vertrauen, Sicherheit und Handlungsfähigkeit zu sichern.

Demokratische Handlungsfähigkeit gerät unter Druck, weil externe autoritäre Systeme gezielt auf Geschwindigkeit, Macht und Abhängigkeiten setzen, während interne Strukturen vieler Demokratien zu träge, zu fragmentiert und zu kurzsichtig geworden sind. Die daraus entstehende Spannung ist real und spürbar – sie erklärt einen großen Teil der gegenwärtigen Verunsicherung in der Bevölkerung.

Gleichzeitig ist diese Situation kein Beweis für das Scheitern der Demokratie, sondern für die Notwendigkeit ihrer Weiterentwicklung. Die entscheidende Frage lautet nicht, ob demokratische Systeme überlebensfähig sind, sondern unter welchen Bedingungen sie ihre Handlungsfähigkeit erneuern können.

Diese Frage bildet die Grundlage für das folgende Kapitel, das sich den **Orientierungsachsen einer zukunftsfähigen demokratischen Ordnung** widmet.

5 Orientierungsachsen und strukturelle Leitlinien für eine erneuerte demokratische Handlungsfähigkeit Europas

Die Analyse der vorangegangenen Kapitel macht deutlich: Die Krise demokratischer Handlungsfähigkeit ist nicht allein eine Frage politischer Kommunikation oder individueller Führung. Sie ist strukturell bedingt – und sie betrifft Europa als Ganzes. Eine wirksame Antwort erfordert daher sowohl **normative Orientierung** als auch **strukturelle Weiterentwicklung** der Nationalen und europäischen Ordnungen.

Dieses Kapitel verbindet beides: Orientierungsachsen für demokratische Erneuerung und Leitlinien für eine zukunftsfähige europäische Struktur.

5.1 Der Solidarstaat / die Solidar-Union

Ein Organisationsprinzip für handlungsfähige Demokratien im 21. Jahrhundert

Die vorangegangene Analyse zeigt, dass demokratische Systeme nicht primär an mangelnden Werten, sondern an begrenzter Handlungsfähigkeit unter Bedingungen hoher Komplexität, Geschwindigkeit und globaler Vernetzung unter Druck geraten. Die zentrale Frage lautet daher nicht, **ob** Demokratie verteidigt werden soll, sondern **wie** sie unter veränderten Rahmenbedingungen wirksam bleiben kann.

Der Solidarstaat – auf europäischer Ebene verstanden als Solidar-Union – ist in diesem Kontext kein normatives Ideal und kein Rückgriff auf klassische wohlfahrtsstaatliche Modelle. Er beschreibt vielmehr ein **funktionales Organisationsprinzip**, das kollektive Handlungsfähigkeit dort ermöglicht, wo individuelle, marktförmige oder rein nationale Lösungsansätze strukturell an ihre Grenzen stoßen.

Der Solidarstaat ist damit keine Gegenposition zu Dynamik und Innovation, sondern die institutionelle Antwort auf exponentielle Risiken, die individuell, marktförmig oder national nicht mehr beherrschbar sind.

Solidarität ist im 21. Jahrhundert nicht nur sozial, sondern auch zeitlich zu verstehen – als Verantwortung gegenüber kommenden Generationen.

5.1.1 Solidarität als Funktionsbedingung moderner Demokratie

In hochvernetzten Gesellschaften sind zentrale Risiken und Zukunftsaufgaben nicht mehr isoliert bewältigbar. Sicherheit, technologische Souveränität, Energieversorgung, Resilienz von Lieferketten, Schutz demokratischer Diskurse und Verteidigungsfähigkeit überschreiten systematisch die Handlungsmöglichkeiten einzelner Akteure. Solidarität wird unter diesen Bedingungen nicht zur moralischen Forderung, sondern zur **praktischen Voraussetzung politischer Steuerungsfähigkeit**.

Der Solidarstaat zielt daher nicht auf Gleichmacherei, sondern auf **gemeinsame Risikotragung und koordinierte Investition** in jene Bereiche, die für Stabilität, Freiheit und Zukunftsfähigkeit unverzichtbar sind. Er stärkt die Fähigkeit demokratischer Systeme, kollektiv zu handeln, ohne individuelle Verantwortung oder marktwirtschaftliche Dynamik außer Kraft zu setzen.

Solidarische Institutionen lassen sich damit als funktionale Voraussetzung kollektiver Handlungsfähigkeit verstehen (Polanyi 1944).

5.1.2 Abgrenzung vom klassischen Wohlfahrtsstaat

Der hier verwendete Solidaritätsbegriff unterscheidet sich grundlegend von traditionellen sozialstaatlichen Konzepten. Im Mittelpunkt steht nicht die nachträgliche Kompensation von Ungleichheit, sondern die **vorausschauende Sicherung gemeinsamer Grundlagen**:

- funktionierende demokratische Institutionen,
- technologische und digitale Souveränität,
- wirtschaftliche Resilienz,
- innere und äußere Sicherheit,
- sowie gesellschaftlicher Zusammenhalt als Voraussetzung politischer Stabilität.

Solidarität wird damit zur **Investition in kollektive Handlungsfähigkeit**, nicht zum bloßen Verteilungsmechanismus.

5.1.3 Die Solidar-Union als europäische Notwendigkeit

Auf europäischer Ebene gewinnt dieses Prinzip besondere Bedeutung. Kein Mitgliedstaat der Europäischen Union ist allein in der Lage, den beschriebenen Herausforderungen wirksam zu begegnen. Gleichzeitig hat sich gezeigt, dass fragmentierte nationale Interessen und langsame Entscheidungsmechanismen europäische Handlungsfähigkeit systematisch schwächen.

Die Solidar-Union beschreibt daher eine Weiterentwicklung der Europäischen Union hin zu einem politischen Raum, in dem zentrale Zukunftsaufgaben gemeinsam definiert, finanziert und umgesetzt werden – insbesondere dort, wo Nichthandeln zu Abhängigkeit, Autoritarisierung oder Eskalation führt. Solidarität bedeutet in diesem Zusammenhang nicht den Verlust nationaler Identität, sondern die **Stärkung gemeinsamer Souveränität**.

5.1.4 Solidarität und Zuversicht

Schließlich besitzt der Solidarstaat auch eine gesellschaftliche Dimension. Wo Menschen erleben, dass politische Systeme gemeinsam handeln, Risiken teilen und Zukunft aktiv gestalten, entsteht Vertrauen und Zuversicht. Demokratie wird dann nicht als abstraktes Verfahren wahrgenommen, sondern als wirksames Instrument kollektiver Problemlösung.

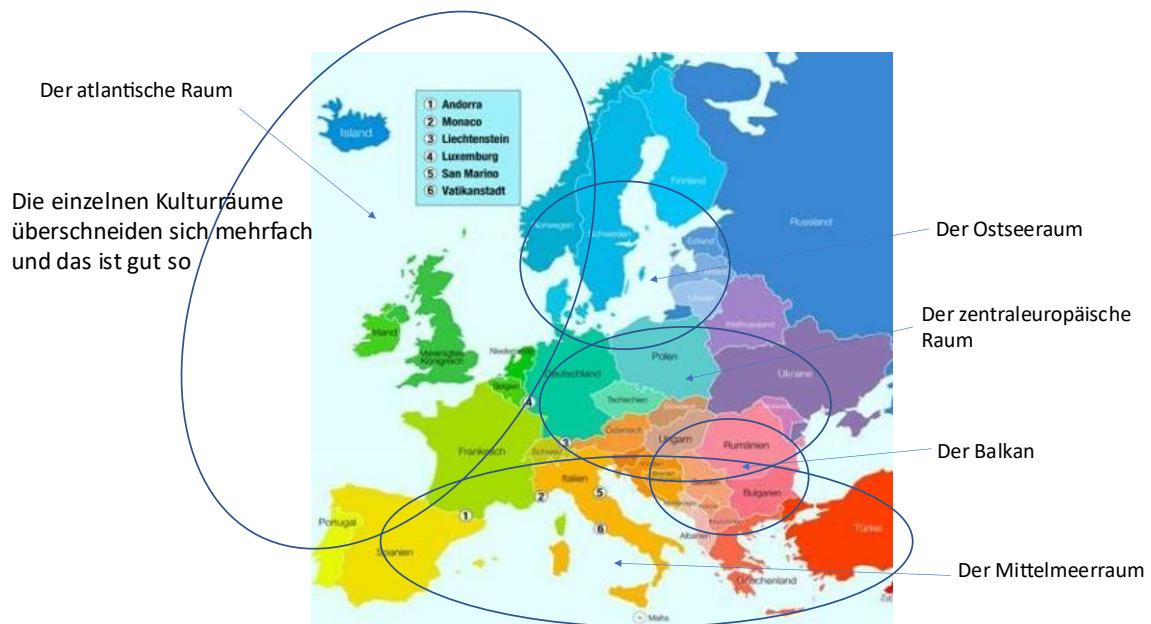
Der Solidarstaat – und auf europäischer Ebene die Solidar-Union – bildet damit den normativen und funktionalen Rahmen für die nachfolgenden Handlungsfelder. Er ist keine Einzelmaßnahme, sondern das verbindende Prinzip, das Demokratie unter den Bedingungen des 21. Jahrhunderts handlungsfähig hält.

5.2 Regionale Vielfalt als Stärke: Europa neu organisieren

Europa ist kein homogener Raum, sondern besteht aus einer Vielzahl historisch gewachsener Kulturräume, die durch spezielle Fähigkeiten gekennzeichnet sind.

Diese Vielfalt ist keine Schwäche, sondern eine zentrale Quelle von Innovationsfähigkeit. Derartige Kulturräume zeichnen Europa aus

Wie komplex diese Kulturräume sind, zeigt das nachfolgende Bild



Europa „neu denken“: ein Europa der Regionen (Denken in Kulturräumen)

Eine moderne europäische Struktur sollte daher stärker auf **funktionale, grenzüberschreitende Regionen** setzen:

- Wirtschafts- und Innovationsräume
- Wissenschafts- und Bildungscluster
- kulturelle und gesellschaftliche Netzwerke

Solche Regionen können nationale Grenzen überschreiten, ohne nationale Identitäten aufzulösen. Sie ermöglichen:

- kürzere Entscheidungswege,
- höhere Identifikation,
- und bessere Nutzung regionaler Stärken.

Europa wird handlungsfähiger, wenn es Vielfalt nicht verwaltet, sondern **strategisch organisiert**.

5.3 Mehr Demokratie: Von formaler Legitimation zu erlebbarer Wirksamkeit

Demokratie verliert dort an Rückhalt, wo sie als formal korrekt, aber praktisch wirkungslos erlebt wird. In komplexen, mehrstufigen politischen Systemen – insbesondere auf europäischer Ebene – entsteht leicht der Eindruck eines geschlossenen Systems, das sich selbst reproduziert.

Eine zentrale Orientierungsachse ist daher die **Transformation von Demokratie von einem Wahl- zu einem Wirksamkeitssystem**:

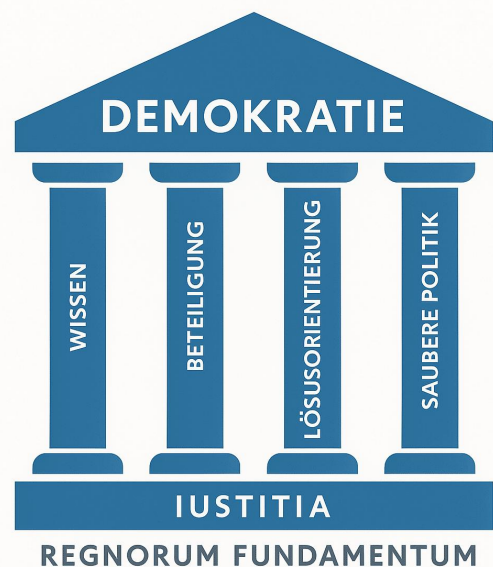
- Transparente Entscheidungswege statt intransparenter Aushandlungsprozesse
- Reale Beteiligungsmöglichkeiten jenseits symbolischer Konsultationen
- Klare Verantwortlichkeiten statt Kompetenzdiffusion

5.3.1 Demokratische Handlungsfähigkeit stärken – vier tragende Säulen

Die Stärkung demokratischer Systeme erfordert mehr als institutionelle Reformen. Sie setzt dort an, wo Demokratie im Alltag erfahrbar wird: bei Wissen, Beteiligung, Problemlösung und politischer Integrität. Auf Basis eines mehrjährigen Arbeitsprozesses zur Stärkung der Demokratie in Österreich – unter anderem im Rahmen eines Partizipationsprozesses des Oberösterreichischen Landtags in Zusammenarbeit mit Kovar & Partner – lassen sich vier zentrale Säulen identifizieren.

Wissen – Bildung und Medienkompetenz

Demokratische Teilhabe setzt voraus, dass Menschen grundlegendes Verständnis für politische Zusammenhänge, Entscheidungsmechanismen und aktuelle Herausforderungen besitzen. Ohne Zugang zu verlässlicher Information, ohne Einordnung komplexer Themen und ohne Medienkompetenz wird politische Beteiligung oberflächlich oder manipulierbar. Demokratie benötigt daher kontinuierliche Investitionen in Bildung, unabhängige Medien und verständliche politische Kommunikation.



Beteiligung – Wirksamkeit ermöglichen

Menschen müssen die reale Erfahrung machen, dass ihre Perspektiven gehört werden und Einfluss haben können. Wo Beteiligung auf symbolische Prozesse reduziert bleibt oder institutionell nicht vorgesehen ist, entsteht Ohnmacht. Diese Ohnmacht führt nicht zu politischer Radikalisierung, sondern häufig zu Rückzug, Resignation und Vertrauensverlust. Demokratische Systeme verlieren damit einen zentralen Teil ihrer Legitimation.

Lösungsorientierung – Politik als Problemlösungsraum

Demokratie wird von der Bevölkerung nicht an Ideologien gemessen, sondern an ihrer Fähigkeit, konkrete Probleme zu bearbeiten. Wenn politische Prozesse primär als Machtspiele wahrgenommen werden und nicht als Suche nach tragfähigen Lösungen, schwindet Vertrauen. Lösungsorientierung bedeutet dabei nicht einfache Antworten, sondern sichtbare Ernsthaftigkeit, Priorisierung und Handlungswille.

Saubere Politik – Integrität als Maßstab

An Politik werden höhere Maßstäbe angelegt als an andere gesellschaftliche Bereiche. Maßgeblich ist dabei nicht allein die Einhaltung strafrechtlicher Grenzen, sondern die Orientierung an moralischer und ethischer Verantwortung. Transparenz, Nachvollziehbarkeit von Entscheidungen und der verantwortungsvolle Umgang mit Macht sind zentrale Voraussetzungen für Vertrauen. Wo diese Standards verletzt werden, wird demokratische Legitimität langfristig beschädigt.

Einordnung

Diese vier Säulen verdeutlichen, dass Demokratie nicht allein durch Verfahren stabil bleibt, sondern durch **gelebte Wirksamkeit**. Wie in Kapitel 2.6 aufgezeigt, sind Sinn und Wirksamkeit zentrale Voraussetzungen für Engagement und Zufriedenheit.

Die vier Säulen bilden zugleich die Verbindung zwischen institutionellen Reformen auf europäischer Ebene und der alltäglichen demokratischen Erfahrung der Menschen. Ohne Wissen, Beteiligung, Lösungsorientierung und Integrität verliert Demokratie ihre gesellschaftliche Verankerung – unabhängig von formaler Rechtsstaatlichkeit.

5.3.2 Klare Verantwortlichkeiten

Eine zusätzliche strukturelle Herausforderung zeigt sich in Österreich besonders deutlich in der Aufteilung finanzieller und politischer Verantwortlichkeiten zwischen Bund und Ländern. Der Bund erhebt einen Großteil der öffentlichen Einnahmen, während die Länder und Gemeinden wesentliche Ausgabenentscheidungen treffen. Dieses Modell mag unter stabilen Rahmenbedingungen funktionieren, stößt jedoch in einer Phase multipler Krisen an seine Grenzen.

Aktuell wird sichtbar, dass zentrale Voraussetzungen für politische Steuerung fehlen:

Es existiert keine konsolidierte Gesamtübersicht über Ausgaben, Verpflichtungen und Schulden auf allen staatlichen Ebenen. Selbst auf Bundesebene besteht nur eingeschränkte Transparenz über die tatsächliche finanzielle Lage der Länder. Damit fehlt dem Finanzminister – und letztlich dem Parlament – eine zentrale Grundlage für verantwortungsvolle Gesamtsteuerung.

Das Problem ist dabei kein individuelles Versagen, sondern ein strukturelles: Verantwortung für Einnahmen und Verantwortung für Ausgaben sind institutionell getrennt, ohne dass eine wirksame Gesamtverantwortung existiert. In Zeiten hoher Dynamik, steigender Zinsen, demografischer Belastungen und geopolitischer Unsicherheiten wird dieses Modell untragbar.

Demokratische Handlungsfähigkeit setzt jedoch voraus, dass politische Entscheidungsträger:

- über vollständige und aktuelle Informationen verfügen,
- Verantwortung eindeutig zuordenbar ist,
- und politische Entscheidungen in ihren langfristigen Wirkungen abschätzbar bleiben.

Wo diese Voraussetzungen fehlen, entsteht nicht nur finanzielle Instabilität, sondern auch politischer Vertrauensverlust. Für die Bevölkerung wird unverständlich, wer tatsächlich entscheidet – und wer für die Folgen verantwortlich ist.

Demokratie darf nicht als fernes Regelwerk erscheinen, sondern muss als gestaltbarer Raum erfahrbar werden.

5.3.3 Transparenz im Gesetzgebungsprozess

Im österreichischen politischen System liegt die faktische Ausarbeitung von Gesetzen überwiegend in den Ministerien, nicht im Parlament. Gesetzesentwürfe werden in den Ressorts erarbeitet und dem Parlament in der Regel als weitgehend fertige Vorlagen vorgelegt. Die parlamentarische Behandlung beschränkt sich dadurch häufig auf Zustimmung, Ablehnung oder marginale Anpassungen.

Dem Parlament fehlen dafür in vielen Bereichen die strukturellen Voraussetzungen: ausreichende personelle Ressourcen, unabhängige fachliche Expertise sowie eigenständige Analyse- und Ausarbeitungskapazitäten. Im Ergebnis ist das Parlament nur eingeschränkt in der Lage, komplexe Gesetzesvorhaben inhaltlich auf Augenhöhe zu prüfen, Alternativen zu entwickeln oder externe Einflussnahmen systematisch zu hinterfragen.

Diese Struktur hat mehrere Folgen:

- **Intransparenz der Einflussnahme**

Da Gesetzestexte primär in Ministerien entstehen, bleibt für Öffentlichkeit und Abgeordnete weitgehend unklar, welche externen Akteure – etwa Interessenvertretungen, Unternehmen oder Beratungsfirmen – in welcher Phase Einfluss auf Inhalte nehmen. (siehe Kapitel 4.5.7)

- **Schwache demokratische Kontrolle**

Die demokratische Legitimation erfolgt formal durch das Parlament, die inhaltliche Steuerung jedoch vorverlagert in administrative Prozesse, die politisch und gesellschaftlich kaum einsehbar sind.

- **Asymmetrie gegenüber gut organisierten Akteuren**

Während organisierte Interessen dauerhaft Zugang zu ministeriellen Strukturen haben, fehlt breiten gesellschaftlichen Gruppen dieser Zugang weitgehend. Beteiligung wird dadurch strukturell ungleich verteilt.

Im Vergleich dazu existieren auf europäischer Ebene – etwa im Europäischen Parlament – deutlich strengere **Transparenzregeln**. Dort ist zumindest nachvollziehbar, welche Interessenvertreter zu welchen Themen Zugang zu Abgeordneten und Institutionen haben. Diese Transparenz ersetzt keine politische Steuerung, macht Einflussnahme jedoch sichtbar und damit demokratisch diskutierbar.

In Österreich fehlt eine vergleichbare Offenlegung weitgehend. Für Bürgerinnen und Bürger entsteht dadurch der Eindruck, dass Gesetze „irgendwo entstehen“, ohne klar erkennbare Verantwortlichkeiten. Dieser Eindruck verstärkt das Gefühl politischer Ohnmacht und nährt Misstrauen gegenüber demokratischen Institutionen – unabhängig davon, ob im Einzelfall tatsächlich problematische Einflussnahmen vorliegen.

5.3.4 Strukturelle Neuordnung Europas:

Von der Interessensgemeinschaft zur handlungsfähigen Union

Ein zentrales Problem der Europäischen Union liegt in ihrer gegenwärtigen Struktur: Sie ist historisch als wirtschaftliche Interessensgemeinschaft gewachsen, agiert aber heute in einer Welt, die geopolitische, sicherheitspolitische und technologische Handlungsfähigkeit verlangt.

Eine zukunftsfähige europäische Ordnung benötigt daher:

- eine **Reduktion nationaler Vetologiken** in strategischen Kernfragen,
- eine klare Unterscheidung zwischen
 - europäischen Schlüsselkompetenzen und
 - nationalen Gestaltungsräumen,
- sowie Entscheidungsmechanismen, die Geschwindigkeit ermöglichen, ohne demokratische Legitimation zu verlieren.

Insbesondere das Prinzip der Einstimmigkeit wirkt in einer hochdynamischen Welt zunehmend als Blockade. Wo strategische Handlungsfähigkeit dauerhaft verhindert wird, untergräbt dies nicht nur Effizienz, sondern demokratische Glaubwürdigkeit.

Eine Weiterentwicklung Europas bedeutet daher auch den Mut, **Strukturen an veränderte Realitäten anzupassen**, statt an historischen Kompromissen festzuhalten.

5.3.5 Europäische Demokratie stärken

Auf europäischer Ebene bedeutet dies, demokratische Prozesse **sichtbarer, verständlicher und näher an den Lebensrealitäten** der Menschen zu gestalten.

Das in zentralen Bereichen der Europäischen Union weiterhin geltende Einstimmigkeitsprinzip erweist sich unter den Bedingungen beschleunigter technologischer, geopolitischer und ökonomischer Veränderungen zunehmend als strukturelles Hindernis demokratischer Handlungsfähigkeit. In der Praxis hat es wiederholt dazu geführt, dass zukunftsorientierte Projekte entweder vollständig blockiert oder in ihrer Wirksamkeit so weit abgeschwächt wurden, dass ihre Umsetzung über Jahre verzögert oder politisch entwertet wurde.

Dabei ist klarzustellen: **Das Einstimmigkeitsprinzip ist kein Ausdruck vertiefter Demokratie.** Demokratie beruht auf Mehrheitsentscheidungen unter Wahrung von Minderheitenrechten – nicht auf der Möglichkeit einzelner Akteure, kollektive Entscheidungen dauerhaft zu verhindern. Wo Vetorechte systematisch zur Durchsetzung nationaler Einzelinteressen genutzt werden, entsteht kein Schutz demokratischer Vielfalt, sondern politische Lähmung.

Gerade in einem Verbund souveräner Demokratien führt diese Logik zu paradoxen Ergebnissen: Staaten, die demokratische Prinzipien im Inneren zunehmend aushöhlen, erhalten über das Einstimmigkeitsprinzip ein überproportionales Blockadepotenzial auf europäischer Ebene. Damit wird europäische Demokratie nicht gestärkt, sondern strukturell geschwächt.

Regionale Interessen schützen – ohne Handlungsfähigkeit zu blockieren

Der legitime Schutz regionaler, kultureller und nationaler Interessen erfordert jedoch **keine Einstimmigkeit**. Er kann institutionell deutlich wirksamer und demokratisch sauberer über eine **zweite parlamentarische Kammer** auf europäischer Ebene organisiert werden – vergleichbar mit föderalen Systemen in Nationalstaaten.

Eine solche zweite Kammer könnte:

- regionale und nationale Interessen systematisch einbinden,
- Minderheitenrechte sichern,
- und zugleich verhindern, dass einzelne Staaten zentrale Zukunftsentscheidungen blockieren.

Damit ließe sich demokratische Legitimation **vertiefen**, ohne Entscheidungsfähigkeit zu opfern.

Demokratie braucht Entscheidungsfähigkeit

Demokratie ist kein Verfahren zur Vermeidung von Entscheidungen, sondern ein System zur **legitimierten Lösung von Konflikten**. Unter Bedingungen globaler Machtverschiebungen, technologischer Beschleunigung und sicherheitspolitischer Unsicherheit wird Entscheidungsfähigkeit selbst zu einer demokratischen Kernressource.

Eine Reform des Einstimmigkeitsprinzips ist daher kein technisches Detail der EU-Architektur, sondern eine Voraussetzung dafür, dass europäische Demokratie handlungsfähig, glaubwürdig und zukunftsfähig bleibt.

5.4 Wissenschaft, Forschung und Bildung als strategische Infrastruktur demokratischer Gesellschaften

Im Zeitalter beschleunigter technologischer, wirtschaftlicher und geopolitischer Veränderungen sind Wissenschaft, Forschung und Bildung nicht länger begleitende Politikfelder, sondern **zentrale strategische Infrastrukturen demokratischer Gesellschaften**. Ihre Bedeutung geht weit über Innovationsförderung oder Qualifikation hinaus: Sie bestimmen maßgeblich, ob Gesellschaften in der Lage sind, komplexe Entwicklungen zu verstehen, einzuordnen und gestaltend darauf zu reagieren.

Wissenschaft schafft Orientierungswissen in einer Welt zunehmender Komplexität. Sie ermöglicht, Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge sichtbar zu machen, langfristige Folgen politischer Entscheidungen abzuschätzen und zwischen kurzfristigen Effekten und strukturellen Trends zu unterscheiden. Ohne diese analytische Grundlage wird Politik zwangsläufig reaktiv – getrieben von Ereignissen statt von Erkenntnis.

Forschung ist dabei nicht nur Quelle technologischer Innovation, sondern Voraussetzung gesellschaftlicher Souveränität. Gesellschaften, die den Zugang zu neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen und Schlüsseltechnologien verlieren, geraten in strukturelle Abhängigkeit von externen Akteuren – seien es Staaten oder globale Konzerne. Besonders im Bereich digitaler Technologien, künstlicher Intelligenz und neuer Materialien entscheidet Forschung darüber, ob demokratische Systeme handlungsfähig bleiben oder fremdbestimmten Dynamiken folgen müssen.

Bildung bildet die Schnittstelle zwischen Wissen und Demokratie. Politische Teilhabe, informierter Diskurs und demokratische Entscheidungsprozesse setzen voraus, dass Menschen grundlegende Zusammenhänge verstehen und bewerten können. Bildung ist damit nicht nur individuelle Qualifikation, sondern eine zentrale Voraussetzung demokratischer Wirksamkeit. Wo dieses Fundament erodiert, verlieren demokratische Verfahren an Substanz, auch wenn sie formal bestehen bleiben.

Gleichzeitig stellt sich zunehmend die Frage der **Finanzierung und Unabhängigkeit von Wissenschaft und Forschung**. In vielen Bereichen wächst die Abhängigkeit von privatwirtschaftlichen Interessen, die nicht nur Forschungsprioritäten beeinflussen, sondern mitunter auch Fragestellungen, Methodik und Interpretation von Ergebnissen mitprägen. Wo öffentliche Finanzierung zurückgeht und Forschungsagenda durch Marktlogiken bestimmt wird, droht ein Verlust wissenschaftlicher Autonomie – mit direkten Auswirkungen auf politische Entscheidungsgrundlagen und gesellschaftliches Vertrauen.

Wo Wissenschaft ihre Unabhängigkeit verliert, verliert Demokratie ihre Fähigkeit, zwischen kurzfristigem Interesse und langfristiger Verantwortung zu unterscheiden.

Eine zukunftsfähige Demokratie erfordert daher eine strategische Neuausrichtung von Wissenschafts-, Forschungs- und Bildungspolitik. Diese muss langfristig, transparent und unabhängig von kurzfristigen wirtschaftlichen oder politischen Interessen gestaltet werden. Insbesondere auf europäischer Ebene braucht es verlässliche öffentliche Finanzierungsmodelle, klare Regeln zur Sicherung wissenschaftlicher Unabhängigkeit und eine bewusste Verankerung von Bildung als demokratische Schlüsselressource.

5.5 Innovation statt Stillstand: Anpassungsfähigkeit als demokratische Überlebensfrage

Europa reagiert vielfach defensiv auf Veränderung – regulierend, bremsend, absichernd. Diese Haltung ist verständlich, wird jedoch in einer Welt beschleunigten technologischen und wirtschaftlichen Wandels selbst zum größten Risiko.

Demokratische Handlungsfähigkeit erfordert:

- institutionelle Lernfähigkeit,
- schnellere Entscheidungszyklen,
- experimentelle Räume für neue Lösungen,
- und den Mut, bestehende Strukturen zu hinterfragen.

Innovation ist dabei nicht primär technologisch zu verstehen, sondern **systemisch**: Wie organisiert sich Politik unter Bedingungen von Unsicherheit? Wie wird Wissen genutzt? Wie werden Entscheidungen vorbereitet, ohne von Komplexität gelähmt zu werden?

Innovation und Experimente in Organisationen können nur funktionieren, wenn sie frei von Angst geschehen. Vertrauen in die eigenen Führungskräfte sind in Unternehmen eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Möglichkeit von Innovation.

Europa verfügt weiterhin über enorme wissenschaftliche, industrielle und gesellschaftliche Potenziale. Entscheidend ist, ob diese **strategisch gebündelt** oder weiterhin fragmentiert genutzt werden.

5.6 Souveränität als Grundlage

5.6.1 Kooperation statt Gegeneinander: Europäische Souveränität neu denken

Die Analyse zeigt unmissverständlich: Nationale Alleingänge sind angesichts geopolitischer, wirtschaftlicher und technologischer Herausforderungen strukturell unzureichend. Europäische Souveränität kann nur als **Gemeinschaftsleistung** entstehen.

Dies erfordert eine klare Priorisierung gemeinsamer europäischer Zuständigkeiten, insbesondere in Bereichen, in denen Einzelstaaten dauerhaft überfordert sind:

- Sicherheit und Verteidigung
- Außenpolitik
- Wissenschafts- und Technologiepolitik
- Digitale und technologische Infrastruktur

Kooperation bedeutet dabei nicht Zentralisierung um ihrer selbst willen. Sie bedeutet **strategische Arbeitsteilung**: Europa muss dort gemeinsam handeln, wo Fragmentierung Handlungsunfähigkeit erzeugt – und dort Vielfalt zulassen, wo sie Innovationskraft stärkt.

5.6.2 Europäische Verteidigungsfähigkeit herstellen

Die Europäische Union verfügt über eine hochentwickelte militärtechnische Industrie, die grundsätzlich in der Lage wäre, die für moderne Formen der Kriegsführung erforderlichen Fähigkeiten rasch aufzubauen. Das strukturelle Defizit liegt nicht in Technologie oder industrieller Kompetenz, sondern in fehlender Koordination, strategischer Führung und politischem Willen.

Angeichts der aktuellen geopolitischen Entwicklung ist jedoch klar: **Zeit ist kein verfügbarer Faktor mehr.**

Wenn die Vereinigten Staaten innerhalb weniger Monate offen territoriale Ansprüche auf Grönland erheben und damit grundlegende Prinzipien der europäischen Sicherheitsordnung infrage stellen, dann kann europäische Verteidigungsfähigkeit nicht länger als langfristiges Projekt behandelt werden.

Europa muss schneller handeln, als es institutionell gewohnt ist.

Die Annahme, dass die NATO dauerhaft und verlässlich die europäische Sicherheitsgarantie übernimmt, ist unter diesen Bedingungen nicht mehr belastbar. Eine strategische Abhängigkeit von politischen Entscheidungen in Washington stellt ein akutes Risiko dar.

Daraus folgt zwingend:

- Europa benötigt **umgehend ein eigenständiges europäisches Militärkommando**, das politische Entscheidungsfähigkeit, operative Koordination und strategische Planung bündelt. Die organisatorische Umsetzung eines solchen Kommandos ist **keine Frage von Jahren, sondern von Wochen**, sofern der politische Wille vorhanden ist.
- Parallel dazu sind **verbindliche europäische Abschreckungs- und Beistandsmechanismen** notwendig.
- Darüber hinaus braucht Europa **neue sicherheitspolitische Partnerschaften mit demokratischen Staaten weltweit** – darunter Kanada, Mexiko, Australien und weitere verlässliche Demokratien –, um kollektive Abschreckung, gemeinsame Übungen, Rüstungskoooperation und strategische Resilienz jenseits bestehender Bündnislogiken abzusichern.

Europäische Verteidigungsfähigkeit ist damit kein optionales Integrationsprojekt mehr, sondern eine **akute Voraussetzung für politische Souveränität**. Wer in dieser Situation auf langsame Abstimmungsprozesse, nationale Einzelinteressen oder institutionelle Trägheit setzt, riskiert, dass sicherheitspolitische Fakten von außen geschaffen werden – bevor Europa handlungsfähig ist.

Die österreichische Neutralität steht einer aktiven europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik nicht entgegen. Innerhalb der Europäischen Union besteht mit **Artikel 42 Abs. 7 EUV** eine **verbindliche Beistandspflicht**, an der auch die **Republik Österreich** beteiligt ist. Neutralität bedeutet daher keine sicherheitspolitische Enthaltung, sondern verpflichtet Österreich zu eigenständiger Verteidigungsfähigkeit und solidarischem Handeln im europäischen Rahmen. Eine passive Interpretation der Neutralität würde die bestehende europäische Beistandspflicht faktisch unterlaufen und Europas kollektive Handlungsfähigkeit schwächen.

5.6.3 Digitale Souveränität

Digitale Souveränität bezeichnet die Fähigkeit, über digitale Infrastrukturen, Daten, Technologien und Regeln eigenständig und demokratisch legitimiert entscheiden zu können. Sie ist keine Frage technischer Autarkie, sondern politischer Steuerungsfähigkeit. Wo diese fehlt, verlieren Staaten schrittweise die Kontrolle über zentrale gesellschaftliche, wirtschaftliche und demokratische Prozesse.

Wie in den vorangegangenen Kapiteln ausgeführt, ist Europa – und damit auch Österreich – heute in zentralen Bereichen digital abhängig: von außereuropäischen Cloud- und Plattformanbietern, von proprietären KI-Systemen, von extraterritorialer Rechtsdurchsetzung sowie von Geschäftsmodellen, die Wertschöpfung, Daten und Werbeeinnahmen aus Europa abziehen. Diese Abhängigkeiten wirken nicht isoliert, sondern verstärken bestehende Probleme in Demokratie, Medienlandschaft, Wissenschaft und Wirtschaft.

Digitale Souveränität ist daher kein technisches Spezialthema, sondern eine **Querschnittsvoraussetzung** für demokratische Wirksamkeit, wirtschaftliche Fairness und gesellschaftliche Resilienz. Ohne sie werden politische Entscheidungen formal getroffen, ihre tatsächliche Wirkung jedoch zunehmend von privaten Akteuren außerhalb demokratischer Kontrolle bestimmt.

Handlungsfähig wird digitale Souveränität dort, wo sie als strategische Priorität verstanden wird:

- digitale Infrastrukturen als Teil öffentlicher Daseinsvorsorge,
- klare Transparenz über digitale Abhängigkeiten staatlicher Institutionen,
- faire Besteuerung digitaler Wertschöpfung (vgl. Kapitel 3),
- Stärkung unabhängiger Medien, Forschung und Bildung (vgl. Kapitel 4.3),
- Vorrang für offene Standards, Interoperabilität und europäische Lösungen.

Digitale Souveränität ist damit eng mit den zuvor dargestellten Chancen verknüpft: Sie entscheidet darüber, ob technologische Entwicklungen – insbesondere KI, Automatisierung und datenbasierte Innovation – zu Instrumenten demokratischer Gestaltung werden oder zu Quellen neuer Abhängigkeiten.

Als Teil eines positiven Zukunftsbildes eröffnet digitale Souveränität die Möglichkeit, technologische Leistungsfähigkeit, wirtschaftliche Wertschöpfung und demokratische Selbstbestimmung wieder zusammenzuführen – in Österreich wie in Europa.

5.7 Zuversicht statt Pessimismus: Europas Chancen im 21. Jahrhundert

Die gegenwärtige Debatte über Europas Zukunft ist stark von Verlustnarrativen geprägt: Verlust an Wettbewerbsfähigkeit, an geopolitischem Einfluss, an technologischer Führungsrolle. Diese werden natürlich auch von jenen Bestärkt die es mit Europa nicht unbedingt gut meinen.

Diese Perspektive greift jedoch zu kurz. Sie übersieht, dass viele der tiefgreifenden Umbrüche unserer Zeit nicht nur Risiken, sondern **strategische Chancen** für Europa eröffnen – vorausgesetzt, sie werden als solche erkannt und gestaltet. Zudem ist Europa vielen Bereichen weltweit führend.

5.7.1 Europa schlechter reden als es ist – eine strategische Verzerrung

In der öffentlichen Debatte wird Europa zunehmend als schwach, dysfunktional oder im Niedergang befindlich dargestellt. Diese Erzählung wird sowohl von externen Akteuren als auch von inneren politischen Kräften bewusst verstärkt. Dabei werden zentrale Fakten systematisch ausgeblendet.

Tatsächlich gilt:

- In Europa wechseln Regierungen friedlich. Es gibt keine Stürme auf Parlamente, keine Militärpatrouillen in Innenstädten und keine Aussetzung der Rechtsordnung.
- Die drei lebenswertesten Städte weltweit – Kopenhagen, Wien und Zürich – liegen in Europa und sind Hauptstädte funktionierender Demokratien. Keine US-Stadt erreicht derzeit die Top Ten, Städte aus Russland oder China finden sich dort nicht.
- In internationalen Rankings zur Pressefreiheit belegen europäische Länder die vordersten Plätze. Die ersten 15 Ränge liegen in Europa, Österreich rangiert auf Platz 22, die USA auf Platz 57, China auf Platz 178.
- Die Einkommensverteilung ist in der Europäischen Union deutlich ausgeglichener als in den Vereinigten Staaten.
- Lebensqualität und Lebenserwartung liegen in Europa im internationalen Vergleich auf hohem, vielfach höherem Niveau.
- Auch die oft zitierte Handelsbilanz zwischen den USA und der EU ist verzerrt dargestellt: Ein erheblicher Teil der Wertschöpfung globaler US-Technologiekonzerne entsteht in Europa, wird jedoch nicht dort besteuert, sondern in Steueroasen verschoben. Würde diese Wertschöpfung korrekt berücksichtigt, relativierte sich der behauptete europäische Exportüberschuss deutlich.

Diese Fakten widerlegen nicht, dass Europa vor ernsthaften Herausforderungen steht. Sie zeigen jedoch, dass Europa kein gescheitertes Projekt ist, sondern ein leistungsfähiger demokratischer Raum mit hoher Lebensqualität, sozialer Stabilität und funktionierenden Institutionen.

Die eigentliche Gefahr liegt nicht in europäischer Schwäche, sondern darin, dass Europa beginnt, die eigene Leistungsfähigkeit selbst infrage zu stellen – und damit politische Handlungsfähigkeit, Vertrauen und Zukunftszuversicht verspielt.

Zuversicht entsteht nicht durch Verdrängung von Problemen, sondern durch ein realistisches Verständnis der eigenen Potenziale und Chancen.

5.7.2 Erneuerbare Energien: Von Abhängigkeit zu strategischer Autonomie

Der Übergang zu erneuerbaren Energiesystemen wird häufig als Belastung oder Kostenfaktor diskutiert. Tatsächlich eröffnet er Europa die historische Chance, sich von geopolitischen Energieabhängigkeiten zu lösen und langfristige Versorgungssicherheit aufzubauen.

Europa verfügt über:

- technologische Kompetenz im Bereich erneuerbarer Energien,
- industrielle Erfahrung im Anlagen- und Systembau,
- und gesellschaftliche Akzeptanz für nachhaltige Lösungen.

Energie wird damit nicht länger primär ein geopolitisches Druckmittel, sondern ein strategischer Standortfaktor. Eine dezentrale, erneuerbare Energieinfrastruktur stärkt nicht nur Klimaschutz, sondern auch wirtschaftliche Resilienz und politische Unabhängigkeit.

5.7.3 Robotik und KI: Rückholung von Wertschöpfung nach Europa

Automatisierung, Robotik und künstliche Intelligenz verändern die Grundlagen industrieller Produktion. In einer zunehmend automatisierten Wirtschaft verliert der klassische Niedriglohnfaktor an Bedeutung. Entscheidender werden:

- technologische Exzellenz,
- Qualifikation,
- Systemintegration,
- und stabile gesellschaftliche Rahmenbedingungen.

Genau hier liegen zentrale europäische Stärken. Robotik und KI eröffnen die Möglichkeit, industrielle Wertschöpfung wieder stärker nach Europa zu holen – nicht als Rückkehr zu alten Modellen, sondern als **hochwertige, wissensintensive Produktion**.

Damit verbindet sich eine doppelte Chance:

- wirtschaftliche Reindustrialisierung unter neuen Vorzeichen,
- und die Sicherung qualifizierter Arbeitsplätze in einem demokratischen Umfeld.

5.7.4 Demokratie als Lösungskompetenz in komplexen Systemen

In einer Welt wachsender Komplexität wird Demokratie oft als langsam oder ineffizient dargestellt. Diese Sicht verkennt einen zentralen Vorteil demokratischer Systeme: **die Fähigkeit, Wissen, Perspektiven und Erfahrungen vieler zu integrieren.**

Komplexe Probleme – etwa im Bereich Technologie, Klima, Sicherheit oder gesellschaftlicher Transformation – lassen sich nicht durch zentrale Steuerung allein lösen. Sie erfordern:

- Diskurs,
- Fehlerkorrektur,
- Vielfalt an Perspektiven,
- und lernfähige Strukturen.

Demokratie ist unter diesen Bedingungen keine Schwäche, sondern eine **kollektive Intelligenzform**. Die „Kraft der Vielen“ ist kein abstraktes Ideal, sondern eine reale Ressource – wenn Beteiligung ernst gemeint und strukturell ermöglicht wird.

5.7.5 Wissenschaft, Bildung und Vielfalt als europäischer Wettbewerbsvorteil

Europa ist ein historisch gewachsener Wissens- und Kulturraum mit außergewöhnlicher Vielfalt. Diese Vielfalt ist nicht hinderlich, sondern eine Voraussetzung für Innovation, Kreativität und gesellschaftliche Resilienz.

Investitionen in:

- Wissenschaft,
- Bildung,
- lebenslanges Lernen,
- und interdisziplinäre Zusammenarbeit

sind keine Kosten, sondern strategische Zukunftsinvestitionen. Sie ermöglichen es, technologische Entwicklungen nicht nur zu adaptieren, sondern aktiv mitzugestalten – im Einklang mit demokratischen Werten und gesellschaftlichen Zielen.

5.7.6 Ein neues europäisches Selbstverständnis

Zuversicht entsteht dort, wo Menschen ein nachvollziehbares Bild davon haben, **wohin** sich Europa entwickeln kann:

- zu einem Raum technologischer Souveränität,
- zu einer demokratischen Innovationsgesellschaft,
- zu einem Vorbild für den Umgang mit Komplexität,
- zu einem globalen Akteur, der Kooperation über Dominanz stellt.

Ein solches Zukunftsbild ist kein Gegenentwurf zur Realität, sondern eine **Einladung zur Gestaltung**. Es zeigt, dass Wandel nicht zwangsläufig Verlust bedeutet, sondern auch neue Handlungsspielräume eröffnet.

Europa steht vor tiefgreifenden Umbrüchen. Diese sind herausfordernd – aber sie sind auch eine historische Chance. Erneuerbare Energien, neue Produktionsformen, digitale Technologien und demokratische Vielfalt können gemeinsam die Grundlage für eine erneuerte europäische Handlungsfähigkeit bilden.

Zuversicht ist dabei kein Gefühl, sondern das Ergebnis von Orientierung, Kompetenz und Gestaltungswillen. Sie entsteht dort, wo Menschen erkennen, dass die Zukunft nicht nur über sie hereinbricht, sondern von ihnen mitgestaltet werden kann.

5.8 Zwischenfazit

Demokratische Handlungsfähigkeit in Europa erfordert mehr als politische Appelle. Sie verlangt eine **Neujustierung von Strukturen, Zuständigkeiten und Erwartungen**. Mehr Demokratie, mehr Innovationsfähigkeit, vertiefte Kooperation, strukturelle Weiterentwicklung und ein glaubwürdiges Zukunftsbild bilden gemeinsam den Rahmen für eine erneuerte europäische Ordnung.

Diese Orientierungsachsen definieren keinen Maßnahmenkatalog, sondern einen **strategischen Möglichkeitsraum**, innerhalb dessen politische Führung, Institutionen und Gesellschaft wieder handlungsfähig werden können.

5.9 Konsequenz des Nichthandelns: Weiterhin schleichender Autoritarismus oder Eskalation

Demokratische Systeme geraten selten durch einen abrupten Bruch unter Druck. Historisch verlieren sie ihre Substanz schrittweise – durch nachlassende Handlungsfähigkeit, wachsenden **Vertrauensverlust** und die schleichende **Verlagerung realer Macht außerhalb demokratischer Kontrolle**.

Unter den Bedingungen beschleunigter technologischer Entwicklung, globaler Machtverschiebungen und wachsender sicherheitspolitischer Unsicherheit ist **Nichthandeln keine neutrale Option**. Wo demokratische Institutionen nicht mehr in der Lage sind, komplexe Probleme wirksam zu lösen, entsteht ein strukturelles Vakuum. Dieses Vakuum wird erfahrungsgemäß entweder durch autoritäre Ordnungsvorstellungen oder durch eskalierende Machtkonflikte gefüllt.

Im Inneren führt anhaltende politische Lähmung zu Entfremdung, Polarisierung und der Akzeptanz vermeintlich einfacher Lösungen. Demokratie wird dann nicht als Schutzraum, sondern als Hindernis wahrgenommen. In solchen Situationen wächst die Bereitschaft, demokratische Verfahren zugunsten von „Durchsetzungskraft“ und „Ordnung“ preiszugeben.

Nach außen erhöht fehlende Handlungsfähigkeit das Risiko sicherheitspolitischer Eskalation. Wenn demokratische Staaten weder abschrecken noch geschlossen handeln können, werden geopolitische Fakten von Akteuren geschaffen, die sich nicht an demokratische oder rechtsstaatliche Regeln gebunden fühlen. In einer vernetzten Welt bedeutet dies nicht nur regionale Instabilität, sondern die reale Gefahr großräumiger Konflikte.

Die Alternative zu entschlossenem demokratischem Handeln ist damit nicht Stabilität, sondern schleichende Autoritarisierung oder offene Konfrontation. Demokratie bleibt nur dann eine tragfähige Ordnung, wenn sie ihre Fähigkeit zur kollektiven Entscheidung, zur Kooperation und zur wirksamen Gestaltung bewahrt.

Vor diesem Hintergrund ist Handeln keine Option unter vielen, sondern die Voraussetzung für Freiheit, Frieden und politische Selbstbestimmung.

6 Verantwortung übernehmen: Führung, Unabhängigkeit und Handlungsspielräume

Die vorangegangene Analyse macht deutlich, dass die gegenwärtige Krise demokratischer Handlungsfähigkeit nicht primär eine Krise des Wollens, sondern eine Krise des Könnens ist. Blockaden entstehen weniger aus fehlender Einsicht als aus strukturellen Abhängigkeiten, Machtlogiken und Systemen, die Veränderung sanktionieren statt ermöglichen.

In einer solchen Situation reicht es nicht aus, Probleme korrekt zu beschreiben oder zur gemeinsamen Anstrengung aufzurufen. Wo Systeme sich aus eigener Logik nicht reformieren, braucht Demokratie **Orientierung, Klarheit und institutionelle Führung**.

6.1 Die Rolle des Bundespräsidenten: Orientierung statt Appellrhetorik

Der Bundespräsident nimmt im politischen System Österreichs eine besondere Stellung ein. Er ist direkt gewählt, nicht Teil des parteipolitischen Wettbewerbs und nicht in föderale Macht- und Abhängigkeitsstrukturen eingebunden. Daraus ergibt sich keine exekutive Macht, wohl aber eine besondere Verantwortung.

In Zeiten beschleunigter Veränderung erwarten Menschen nicht Detailsteuerung, sondern Führung im Sinne von Orientierung:

- klare Benennung der zentralen Herausforderungen,
- Einordnung von Zielkonflikten,
- und die Einforderung von Verantwortung dort, wo bekannte Blockaden Reformen verhindern.

Formulierungen wie „*wir sollten*“ oder „*wir müssen*“ entfalten dort wenig Wirkung, wo zugleich offensichtlich ist, dass zentrale Akteure kein Eigeninteresse an Veränderung haben. In einer solchen Lage gewinnt Klarheit an Bedeutung – auch wenn sie politisch unbequem ist.

Der Bundespräsident kann diese Klarheit herstellen, ohne seine verfassungsmäßige Rolle zu überschreiten:

- als klarer und lauter **Mahner**, wo Risiken verdrängt werden,
- als **Einordner**, wo Komplexität überfordert,
- und als **Visionär**, wo Zukunftsbilder fehlen.

Die Vision ist ein wichtiger Faktor für die Schaffung von Sinn (warum ist das notwendig – vgl. Kapitel 2.6)

Ansätze davon waren in der Neujahrsansprache bereits erkennbar. Angesichts der aktuellen geopolitischen, technologischen und gesellschaftlichen Dynamik könnte diese Rolle jedoch weiterentwickelt werden – von der moderierenden Stimme hin zu einer deutlicheren, richtungsweisenden Einordnung dessen, was auf dem Spiel steht.

6.2 Vertrauen der Bevölkerung als Legitimation für Klarheit

Der Bundespräsident verfügt in der Bevölkerung über ein hohes Maß an Vertrauen. Dieses Vertrauen gründet nicht auf politischen Programmen, sondern auf seiner institutionellen Rolle als überparteilicher Garant der demokratischen Ordnung.

Dieses Vertrauen ist kein Auftrag zur politischen Steuerung. Es ist jedoch eine klare Legitimation zur Orientierung. Gerade in Phasen, in denen politische Systeme als blockiert oder überfordert wahrgenommen werden, wächst die Erwartung, dass jemand Verantwortung einfordert und Zusammenhänge verständlich macht.

Schweigen oder vorsichtige Unverbindlichkeit werden unter diesen Bedingungen nicht als Neutralität wahrgenommen, sondern als Orientierungslosigkeit.

6.3 Blockaden benennen, bevor Systeme kippen

Zentrale Reformhemmnisse sind seit Jahren bekannt:

- föderale Strukturen,
die Verantwortung trennen, aber nicht zusammenführen,
- parteipolitische Systeme,
die Beteiligung begrenzen und Loyalität belohnen,
- europäische Entscheidungsmechanismen,
die durch Einstimmigkeit handlungsunfähig werden.

Diese Blockaden lösen sich nicht von selbst. Sie bestehen fort, weil sie für einzelne Akteure rational und hilfreich sind – auch wenn sie gesamtgesellschaftlich schädlich wirken.

Eine zentrale Aufgabe des Bundespräsidenten kann daher darin liegen, diese Blockaden **offen zu benennen** und den Reformdiskurs zu legitimieren, bevor Veränderung unter Druck, Polarisierung oder autoritären Tendenzen erfolgt.

6.4 Unabhängigkeit als Voraussetzung für Glaubwürdigkeit

Demokratische Erneuerung setzt Unabhängigkeit voraus – nicht nur institutionell, sondern auch finanziell und strukturell. In Österreich ist der politische Diskurs stark von Förderlogiken geprägt. **Förderungen schaffen Abhängigkeiten**, und Abhängigkeiten begrenzen Offenheit.

Wer in hohem Maß von Förderungen abhängig ist, gerät leicht in die Rolle des Mitvollzugs: Kritik wird gedämpft, Themen werden angepasst, systemische Fragen ausgeblendet. Dies betrifft nicht nur politische Akteure, sondern auch Teile der Zivilgesellschaft.

4future hat sich bewusst entschieden, weitgehend auf Förderungen zu verzichten, um diese Abhängigkeiten zu vermeiden. Diese Entscheidung ist kein Selbstzweck, sondern Voraussetzung dafür, offen, kritisch und lösungsorientiert sprechen zu können – auch dort, wo es unbequem wird.

Diese Haltung versteht sich als Ergänzung, nicht als Ersatz politischer Institutionen: als zivilgesellschaftlicher Raum, in dem Analyse, Diskurs und Zukunftsbilder entstehen können, ohne Rücksicht auf kurzfristige politische Opportunitäten.

6.5 Gemeinsame Verantwortung: Politik und Zivilgesellschaft

Die gegenwärtigen Herausforderungen können weder von Politik noch von Zivilgesellschaft allein gelöst werden. Politik benötigt Vorlaufarbeit, Analyse und gesellschaftliche Rückkopplung. Zivilgesellschaft benötigt politische Anschlussfähigkeit, um Wirkung zu entfalten.

Der Bundespräsident kann in diesem Zusammenspiel eine vermittelnde, aber zugleich richtungsgebende Rolle einnehmen:

- indem er Reformdiskurse sichtbar macht,
- indem er unbequeme Fragen legitimiert,
- und indem er deutlich macht, dass Nichthandeln keine neutrale Option ist.

6.6 Warum jetzt

Nichthandeln unter den aktuellen Bedingungen führt nicht zu Stabilität, sondern zu schleichender Erosion: demokratischer Institutionen, gesellschaftlichen Vertrauens und europäischer Handlungsfähigkeit. Die Konsequenzen reichen von autoritären Tendenzen im Inneren bis zu realen sicherheitspolitischen Risiken nach außen.

Demokratie steht damit nicht vor einer ideologischen Bewährungsprobe, sondern vor einer organisatorischen und institutionellen.

Dieses Papier versteht sich daher als **Einladung zu Klarheit** und als **Angebot zum Dialog**. Nicht aus Alarmismus, sondern aus der Überzeugung heraus, dass demokratische Systeme lernfähig bleiben müssen, wenn sie ihre Gestaltungsfähigkeit erhalten wollen.

Wir sind bereit, Verantwortung zu übernehmen und unseren Beitrag zu leisten, damit eine offene, solidarische und demokratische Gesellschaft auch unter veränderten globalen Bedingungen Bestand hat.

I. Literatur & Referenzen (Auswahl)

A. Demokratie, Systemüberforderung und Governance

Acemoglu, Daron / Robinson, James A. (2012): *Why Nations Fail: The Origins of Power, Prosperity, and Poverty*. New York: Crown.

Fukuyama, Francis (2014): *Political Order and Political Decay: From the Industrial Revolution to the Globalization of Democracy*. New York: Farrar, Straus and Giroux.

Habermas, Jürgen (2011): *Zur Verfassung Europas. Ein Essay*. Berlin: Suhrkamp.

Mazzucato, Mariana (2018): *The Value of Everything: Making and Taking in the Global Economy*. London: Penguin.

Scharpf, Fritz W. (1999): *Governing in Europe: Effective and Democratic?* Oxford: Oxford University Press.

Schmidt, Vivien A. (2013): Democracy and Legitimacy in the European Union Revisited: Input, Output and 'Throughput'. *Political Studies*, 61(1), 2–22.

4future Institute (2025): *Der 4future.cube – Ein dreidimensionales Ordnungsmodell für gesellschaftliche, wirtschaftliche und technologische Wechselwirkungen*. 30. Dezember 2025. Online verfügbar: <https://4future.institute/2025/12/30/der-4future-cube/>

B. Anthropozän, Komplexität und systemische Risiken

Bennett, Nathan / Lemoine, James G. (2014): What VUCA Really Means for You. *Harvard Business Review*, January–February.

Cascio, Jamais (2020): *Facing the Age of Chaos*. Palo Alto: Institute for the Future.

Crutzen, Paul J. (2002): Geology of Mankind. *Nature*, 415, 23.

Rockström, Johan et al. (2009): A Safe Operating Space for Humanity. *Nature*, 461, 472–475.

Snowden, David J. / Boone, Mary E. (2007): A Leader's Framework for Decision Making. *Harvard Business Review*, 85(11), 68–76.

Weick, Karl E. (1995): *Sensemaking in Organizations*. Thousand Oaks, CA: Sage.

Detter, Helmut (2024): Broschüre Paradigmentwechsel. Wissensforum Hirschwang.

<https://noe.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/Paradigmenwechsel.pdf>

C. Exponentielles Wachstum, Kapitalmärkte und Instabilität

Meadows, Donella H. et al. (1972): *The Limits to Growth*. New York: Universe Books / Club of Rome.

Minsky, Hyman P. (1986): *Stabilizing an Unstable Economy*. New Haven: Yale University Press.

Piketty, Thomas (2014): *Capital in the Twenty-First Century*. Cambridge, MA: Harvard University Press.

Raworth, Kate (2017): *Doughnut Economics: Seven Ways to Think Like a 21st-Century Economist*. London: Random House.

Shiller, Robert J. (2017): Narrative Economics. *American Economic Review*, 107(4), 967–1004.

Stiglitz, Joseph E. (2019): *People, Power, and Profits: Progressive Capitalism for an Age of Discontent*. New York: W. W. Norton & Company.

Detter, Helmut (2025): Broschüre „Es ist Zeit neue Wege zu gehen“
Wissensforum Hirschwang.

https://noe.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/BuchHW2025_web.pdf

D. Digitalisierung, Künstliche Intelligenz und digitale Souveränität

Brynjolfsson, Erik / McAfee, Andrew (2017): *Machine, Platform, Crowd: Harnessing Our Digital Future*. New York: W. W. Norton & Company.

European Commission (2020): *A European Strategy for Data*. Brussels.

European Commission (2021): *2030 Digital Compass: The European Way for the Digital Decade*. Brussels.

European Data Protection Board (2020): *Recommendations Following the Schrems II Judgment*. Brussels.

United States Congress (2018): *Clarifying Lawful Overseas Use of Data Act (CLOUD Act)*. Washington, DC.

Zuboff, Shoshana (2019): *The Age of Surveillance Capitalism*. New York: PublicAffairs.

4future Institute (2025): *Policy Brief: Digitale Souveränität in Europa – Definition, Status, Handlungsoptionen*. 18. November 2025. Verfügbar unter:

<https://4future.institute/2025/11/18/digitale-souveraenitaet-in-europa/>

E. Globale Konzerne, Lobbyismus und Steuervermeidung

OECD (2021): *Statement on a Two-Pillar Solution to Address the Tax Challenges Arising from the Digitalisation of the Economy*. Paris.

Srnicek, Nick (2017): *Platform Capitalism*. Cambridge: Polity Press.

Streeck, Wolfgang (2014): *Buying Time: The Delayed Crisis of Democratic Capitalism*. London: Verso.

Transparency International (jährlich): *Lobbying in Europe*. Berlin.

Zucman, Gabriel (2015): *The Hidden Wealth of Nations: The Scourge of Tax Havens*. Chicago: University of Chicago Press.

F. Medien, Öffentlichkeit und Demokratie

Economist Intelligence Unit (jährlich): *Democracy Index*. London.

McChesney, Robert W. (2013): *Digital Disconnect: How Capitalism Is Turning the Internet Against Democracy*. New York: The New Press.

Reuters Institute for the Study of Journalism (jährlich): *Digital News Report*. Oxford.

G. Europäische Sicherheit, Geopolitik und Souveränität

European Council (2022): *A Strategic Compass for Security and Defence*. Brussels.

Kissinger, Henry (2014): *World Order*. London: Penguin.

Münkler, Herfried (2017): *Die neuen Kriege*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.

H. Ergänzende Referenzen zur demokratischen Wirksamkeit

Easton, David (1975): A Re-Assessment of the Concept of Political Support. *British Journal of Political Science*, 5(4), 435–457.

Norris, Pippa (2011): *Democratic Deficit: Critical Citizens Revisited*. Cambridge: Cambridge University Press.